Nr. 37 Halle a. S., Mittwoch den 14. Februar 1906. 17. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,50 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.60 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. für auswärt. Anzeig. 25 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Opfer um Opfer!

Im Namen Sr. Majestät des Königs Friedrich August von Sachsen ist der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genosse Heinig zu **einem Jahr und neun Monaten Gefängnis** verurteilt worden. Die Gewissenhaftigkeit der sächsischen Richter erkannte, daß von 25 angeklagten Artikeln 20 — sage und schreibe zwanzig — keine Gesetzesverletzungen enthielten, während in den fünf Uebrigbleibenden schwere Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten und Beleidigungen der erlesenen sächsischen Dreiklassen-Vertretung enthalten seien. Vier Fünftel Freispruch und ein Fünftel Schuldspruch, das gibt nach sächsischer Rechnung 21 Monate Gefängnis, und jedes Schulkind kann ausrechnen, wann Genosse Heinig den Kerker hätte wieder verlassen dürfen, wenn die guten Juristen, die am Richtertisch saßen, sich völlig der Anschauung angeschlossen hätten, die der gute Jurist am Anklagetische vertrat.

Wer noch an Gerechtigkeit glaubt, wird allerdings erwarten müssen, daß die angreifbare Anwendung der Strafprozeßordnung, durch die der Leipziger Fünftel-Schuldspruch erst ermöglicht wurde, zu einer Kassation des furchtbaren Urteils führen müssen. Einstweilen aber steht dieses Urteil da, als ob es rechtskräftig geworden wäre; so wird es auch jetzt schon seine politischen Wirkungen üben.

Was es bedeutet, wenn man einen Redakteur wegen sogen. „politischer Verbrechen" auf ein Jahr und neun Monate in den Kerker wirft, darüber sind die Urteile der Parteien und Klassen gewiß nicht einig. Nur in einem Punkt, der nicht politischer sondern naturwissenschaftlicher und ärztlicher Begutachtung unterliegt, dürften die Meinungen ziemlich einig sein: nämlich darin, daß ein Mensch, der für eindreiviertel Jahre ins Gefängnis gesteckt wird, eine furchtbare seelische und körperliche Schädigung erleidet, die nur von widerstandsfähigen Naturen viele Jahre nach der Freilassung völlig überwunden wird. Die Veröffentlichungen über deutsches Gefängniswesen, die in der letzten Zeit erfolgt sind, und die neuen Einsperrungsversuche, die sich ihnen anschlossen, haben mit ziemlicher Deutlichkeit ergeben, daß alle längeren Gefängnisstrafen in Wahrheit keine Zeit- sondern Lebensstrafen sind, deren Wirkungen auf Körper und Geist nahezu unauslöschlich bleiben. Von den Folgen des Leipziger Urteilspruchs sind also nur die ganz sicher, daß ein Mensch dadurch zu schwerem Schaden kommen soll und daß seine Angehörigen in Leid und Sorge gestürzt werden.

Und wer ist dieser Mensch? Auch darüber dürfte in allen Klassen und Parteien — einige verkommene Schurken der äußersten Reaktion etwa abgesehen — nur eine Meinung herrschen, daß der Verurteilte ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle ist, und daß seine Ehre auch nach der Verurteilung noch immer genau so gut ist wie die eines sächsischen Richters oder Staatsanwalts. Es kann um einen Staat nicht gut bestellt sein, der sich nicht anders helfen zu können glaubt, als daß er ehrliche Leute für Jahre zu den Dieben ins Gefängnis wirft.

Nun aber seine Schuld? Er soll die sächsische Volksvertretung beleidigt haben — das sächsische Volk wird's ihm verzeihen! Aber er soll auch verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgereizt haben, und das wäre schlimm, wenn er es wirklich getan hätte. Denn rohe, sinnlose, brutale Gewalttätigkeit einer Bevölkerungsklasse gegen die andre wird in Deutschland gerade schon genug geübt — jeder Tag bringt neue Beweise dafür, mit welcher Skrupellosigkeit die herrschenden Klassen ihre Gewalt gegen die beherrschten mißbrauchen! Wir Sozialdemokraten sind seit vierzig Jahren — und trotz aller Verfolgungen mit wachsendem Erfolge — bemüht, in diesem Chaos der Gewalt der Stimme der Menschlichkeit, der Vernunft, der Gerechtigkeit Gehör zu verschaffen: Heinig wäre kein Sozialdemokrat gewesen, wenn er anders gehandelt hätte. Aber nein, weil er Sozialdemokrat, d. h. weil er ein Gegner jener Gewalttätigkeiten ist, die die herrschenden Klassen an den beherrschten verüben, weil er der Notwehr des russischen Volkes wider die Zarenbestie seine Sympathie nicht verhagte, weil er für die politische Rechtsgleichheit der sächsischen Staatsbürger — für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht — kämpfte, darum soll Genosse Heinig für ein Jahr und neun Monate ins Gefängnis wandern!

Am vergangenen Mittwoch hat der Vizekanzler des Deutschen Reiches im Reichstag das Geständnis abgelegt, er habe in der sozialdemokratischen Presse „stets gelesen, daß sich die Sozialdemokratie nicht durch physische Gewalt sondern allein durch die Macht des Gedankens durchsetzen will. Am Montag darauf wird von einem sächsischen Gerichtshof ein Urteil gefällt, das auf der Meinung fußt, die sozialdemokratische Presse betrachte es als ihre Aufgabe, ihre Leser zur Anwendung physischer Gewalt aufzureizen!

Der Staatsanwalt — ein gelehrter Jurist — findet, daß solche Aufreizung in fünfundzwanzig Artikeln enthalten ist. Die Richter — auch gelehrte Juristen — finden in zwanzig unter diesen fünfundzwanzig Artikeln eine solche Aufreizung nicht! Kann sie bei dem schäbigen Rest, der da übrig blieb, nicht auch ihre Gelehrsamkeit getrogen haben? Haben wir doch solche Proben beamteter Juristen-Gelehrsamkeit in Preußen staunend und schaudernd mit erlebt, wo ein und derselbe Text an einem Orte wegen Hochverrats, am andern wegen Aufreizung, am dritten wegen Verächtlichmachung und am vierten wegen bloßer Beleidigung verfolgt wurde, bis der possenhafte Wirrwarr ruchbar wurde und das ganze Anklagegebäude zusammenstürzte!

Darum sind wir der festen Ueberzeugung, daß der Schaden, den das herrschende preußisch-sächsisch-deutsche Reaktionssystem durch das Leipziger Urteil erleidet, viel tausendmal größer ist als der Schaden, der durch dieses Urteil einem tapferen Kämpfer der Volkssache zugefügt worden ist. Die Urteile von Breslau und Leipzig, wider Löbe und Heinig, schmieden den ungeheuren Ring des deutschen Proletariats fester denn je zusammen. Die Größe der Opfer zeigt den deutschen Arbeitern auch die Größe des Kampfpreises an, den zu erringen sie keine Macht der Welt hindern wird. Die Jahre Gefängnis, die einer einzelne von ihnen verhängt werden, tragen die Gesamtheit um Jahreswenden vorwärts!

* * *

Ueber den Verlauf der gestrigen Verhandlung wird uns noch berichtet:

In dem Prozeß gegen die Leipziger Volkszeitung wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten wurde gestern vormittag 9 Uhr die Verhandlung fortgesetzt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Mautisch, fragte den angeklagten Redakteur, Genossen Heinig, ob er zu seiner Verteidigung das Wort noch wünsche. Der Angeklagte verneinte dies unter Hinweis auf die ausgezeichneten Ausführungen seiner Verteidiger. Darauf stellte Oberstaatsanwalt Böhme folgende Anträge:

1. Sollte das Gericht die Auffassung haben, daß der Schuldbeweis in subjektiver Richtung, insbesondere wegen des Hinweises auf das flüchtige Lesen der Artikel nicht erbracht sei, so beantrage er die Vernehmung des Staatsanwalts-Assessors Dr. Lange.

2. Sollte das Gericht den Artikel: Witte in Sachsen, in Nr. 290 der Leipziger Volkszeitung, nur insoweit aburteilen, als es darin eine Aufreizung erblicke, dann beantrage er, die ganze Hauptverhandlung zu vertagen.

Nach vierstündiger Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil: Wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, begangen durch fünf Artikel, und wegen Beleidigung der zweiten sächsischen Kammer, begangen durch den Artikel: Witte in Sachsen, wird der Angeklagte Heinig zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die inkriminierten Artikel entbalten den Charakter der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, sie seien geeignet, das Gefühl der Rechtssicherheit der bürgerlichen Gesellschaft zu beunruhigen. Der sächsischen Kammer wird die Befugnis zur Publikation des Urteils im Dresdener Journal, der Leipziger Zeitung und der Leipziger Volkszeitung zugesprochen. Gleichzeitig wird auf Einziehung der Platten und Schriften erkannt. Nach Stellung einer Kaution von 15000 Mark soll der Angeklagte vorläufig auf freiem Fuß belassen werden.

33] [Nachdr. verb.

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahnke.

Zuweilen freilich drang ein Lichtstrahl durch den blauen Dunst dieser mystischen Stimmungen, ohne daß ich wußte, von wo er kam. So erinnerte ich mich, daß eines Tages, als ich eine seiner brieflichen Abhandlungen über die Verwandlungslehre studierte, ein plötzliches Lachen in mir aufstieg, daß ich zu Tinte und Feder griff und ohne alle Umschweife die eine Frage niederschrieb: „Und glaubst Du wirklich an diesen blauen Dunst?" Darauf erhielt ich einen Brief voll flammenden Zornes. Ich fühlte Peitschenhiebe auf mich niedersausen. Und in der heißen Angst, ihn verlieren zu können, hab' ich die Hand geküßt, die mich schlug, hab' ich die Zähne aufeinander gebissen und mich mit fanatischer Inbrunst an all' diese Wunder, Seligkeiten und Sinnlichkeiten aufs neue dahingegeben.

Das ging bis tief in den Februar hinein. Und als wir uns ein halbes Jahr fast nicht gesehen hatten, da schlug uns trotz aller geistigen und geistlichen Bindemittel die gesunde, natürliche Sehnsucht in roten Flammen über dem Kopfe zusammen. „Wir müssen uns sehen," schrieb er, „wir müssen sprechen über die heiligsten und tiefsten Dinge."

Unter dem Vorwande, entfernte Verwandte besuchen zu wollen, bin ich zu ihm gefahren, mitten durch die Schneeberge hindurch, die sich mit Elementargewalt gegen die sausende Maschine stemmten und schließlich doch dem von Menschengeist erdachten, von Menschenhand geformten Ungeheuer welchen mußten.

Mein Lieb, soll ich Dir meine Empfindungen auf dieser Fahrt zu schildern versuchen? — Ich war kein schutzbedürftiges Kind, das seinem Verhängnis ahnungslos entgegenging. Ich wußte ganz genau, was ich tat. Und tat es doch, von einem wilden Trotz gestachelt, von einer unsichtbaren Hand vorwärts gestoßen . . .

Als der rote Lichtschein der Station, auf der Vincenti mich erwartete, in mein Coupéfenster fiel, schüttelte ein Schauer mich von Kopf bis zu Fuß; ich hatte die klare Empfindung, daß ein Unabwendbares da draußen stand und den Riegel von der Tür stieß. Ich fühlte einen Eishauch über meine Schläfen gehen. Das Feuer in mir war plötzlich erloschen; eine kalte, grausame, lüsterne Neugier kroch mir durch die Adern. Das war nicht mehr ich, die Wilma: dies blasse, willenstrotzige Weib, das durch die eisbereiften Fenster in die Winternacht starrte, das war eine völlig Fremde, die lachend in ein sicheres Verderben ging. Ich stand dicht neben ihr und beobachtete jeden Zug ihres gespannten Gesichts, jedes Zucken ihrer siebernden Seele mit einer dämonischen, eiskalten Wißbegierde.

Und diese Begierde blieb. Sie war in mir, als ich an seiner Seite im knirschenden Schnee durch die prachtvolle Vollmondnacht dem weltverlorenen Städtchen zuwanderte, das wir zum Orte unserer Begegnung erwählt. Kalt wie das Mondlicht flirrte sie in mir, als in dem verschwiegenen Hotelzimmer der Mann, all' seiner priesterlichen Würde vergessend, den brutalen Arm um die zitternde Beute schlang, — sie war in mir und wirkte derart lähmend und überwältigend auf meinen gesunden Willen ein, daß jede Widerstandskraft erlosch, wie die Glut in mir erloschen war. Ich studierte den Menschen in ihm und in mir — mit einer unheimlichen Gespanntheit. Ich studierte, während mein Ohr seine lockenden Worte trank, während ich in einem plötzlichen Gefühl des Widerwillens seine Hand von meinem Herzen stieß. Ich studierte mich selbst.

Kaum aber, daß er mich verlassen hatte, so sprang ich empor in rasender Hast, warf mit kraftvoller Hand den Riegel vor die Tür und stand nun mit nackten Füßen mitten in dem großen, kahlen, kalten Zimmer — und lachte — lachte — lachte —, bis mir die Tränen über die Wangen liefen, bis ein seltsames Schluchzen aus meinem Herzen brach, das, über die höhnisch verzerrten Lippen huschend, mit meinem Gelächter zu einem grellen, gebrochenen, unerhörten Laut verschmolz . . .

* * *

Das war der schwerste Teil meiner Beichte, das Geständnis, daß ich mich nicht aus Liebe hingegeben habe sondern unter einem seltsamen Bann, in einer Art von Suggestion. Von jenem Momente an wußte ich, daß ich ihn nie geliebt, daß ich an all' seine Heiligkeiten nicht eine Stunde lang geglaubt, — und dennoch, Du: heuchelte ich ihm auch fernerhin Liebe, kniete vor seinen Göttern und hielt ihm die Treue.

Warum nur?

Das war ein tiefes, schreckhaftes Rätsel für mich in jenen dunklen Tagen. Heut, in Deinem Lichte, liegt auch über diesen Tiefen Klarheit.

Die Liebe liebte ich, die ich nicht kannte. Ich glaubte mich „gefallen", und die grausamen Moralehren der Gesellschaft, in der ich erzogen war, spukten in meinem überreizten Gehirn. Dem Manne, dem ich einmal angehört, dem mußte ich treu sein, wenn ich nicht ein verlorenes oder verdorbenes Geschöpf werden wollte. Ich war auf einen Schlag in eine furchtbare Abhängigkeit geraten. Und so versuchte ich's denn mit all' den angeborenen Künsten des Weibes, mir die Liebe meines Herrn zu erhalten. Auch mein ganzer „Glauben" war, abgesehen von vereinzelten dunklen Augenblicken, in denen die Verzweiflung mich packte, nur ein Kokettieren mit dem Manne.

Dabei fühlte ich seine Brutalität, fühlte, daß ich die Macht über ihn verloren hatte, ganz und gar.

Und nun forderte er von mir. Forderte, daß ich fromme Lieder „dichten" sollte. Er begann mit meinem Talent für seine Kirche zu rechnen.

So ward ich sein Geschöpf. Er sagte mir das schonungslos, — während er mich mit Liebkosungen überhäufte.

Und ich wehrte ihm nicht mehr. Ich war ihm verfallen.

So ohne alle Kraft war ich, daß selbst meine Tränen versiegten.

Und als ich ihm die Hand zum Abschiede gereicht, als sich die bretterne Scheidewand zwischen uns geschlossen hatte, ging ein tiefes Aufatmen durch meinen Körper. Ein Gefühl des Freseins durchschauerte mich.

Mit einer Lüge ging ich von ihm; und lange Jahre hindurch sollte mein Leben eine einzige, qualvolle Lüge sein.

* * *

Durch tiefen Schnee kam ich vom Bahnhof heim. Eine seltsame Schwere lag in meinen Gliedern, so dumpf, so drückend, daß meine Stapfen im Schnee mir absonderlich groß und tief erschienen. Meine Mutter empfing mich mit überströmender Zärtlichkeit. Sie hatte sich nach mir gesehnt, hatte sich geängstigt um mich.

„Eine körperliche Angst hab' ich ausgestanden, Wilma. Wenn ich Dich nicht so gut aufgehoben gewußt hätte, wäre ich Dir nachgefahren!"

Trotz ihrer Krankheit, ihrer Schwäche, trotz der Härte des Winters!! Du gutes, ahnungsreiches Mutterherz! — Und ich belog sie wiederum, indem ich ihr von den in Bärnstein genossenen Vergnügungen erzählte, während ich in Wirklichkeit nur einen Tag lang auf der Rückfahrt bei meinen Verwandten verweilt hatte.

Acht Tage habe ich dann warten müssen, bis Vincentis ersten Brief kam. Und der war voll von Vorwürfen darüber, daß ich bei unserem Abschiede nicht einmal geweint hatte. Ein quälendes Mißtrauen blickte, unter den zärtlichen Worten verborgen, mir höhnisch ins Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190602 14-15/fragment/page=0001

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 13. Februar 1906.

Der Reichstag

setzte am Montag die sozialpolitische Generaldebatte fort. Auf den Tribünen hatten sich Scharen von „Notleidenden" angesiedelt, wobei unter anderen der antisemitische Abgeordnete Graf Reventlow als Bärenführer funktionierte. — Genosse Stadthagen besprach in längeren Ausführungen die schweren Mängel der Krankenversicherung und die noch schwereren Gefahren, die ihr von seiten der verbündeten konservativen und freisinnigen Reaktionäre drohen. Namentlich nahm er die beiden famosen Freisinns-Helden Mugdan und Eickhoff aufs Korn und zeigte an dem Beispiele des Remscheider Krankenkassenstreites, wie frivol und haltlos die gegen die Selbstverwaltung der Kassen erhobenen Vorwürfe zu sein pflegen. — Der Nationalliberale Dr. Beumer scheint für die reifere Jugend seine Lebensbeschreibung verfassen zu wollen und gab Proben aus dem Konzepte dem Reichstage zum besten. Dann folgte eine mehr als salbungsvolle Nachmittagspredigt des abgemeierten Hofpredigers Stöcker. Sie lehnte sich eng an die aus Wallensteins Lager bekannte Kapuzinerpredigt an, übertraf dieselbe aber bei weitem an komischer Wirkung. Merkwürdig intime Beziehungen scheint Herr Stöcker mit den Waffenhändlern zu unterhalten und über die Geschäftskonjunkturen auf dem Revolvermarkte ist er außerordentlich gut unterrichtet. — Nach einer sehr unerheblichen Rede des in weiten Kreisen ziemlich unbekannten Zentrumsabgeordneten v. Pietten, fertigte Genosse Peus den Sozialistentöter im Priestergewande Stöcker gebührend ab und erörterte alsdann in trefflichen Ausführungen die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der von bornierten Unternehmern und Behörden so sehr angefeindeten Konsumvereine. — Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Agrarische Zirkus-Vorstellung.

Im Zirkus Busch zu Berlin ist gestern die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte eröffnet worden. Der Vorsitzende Rösicke stellte in seiner Eröffnungsrede den Bund gleichsam als Schildträger des Reichskanzlers hin. Ohne eine breit angelegte Organisation würden Reichskanzler und Regierungen gegenüber der verhetzenden Arbeit der Gegner einen schweren Stand haben. Hoffentlich habe Fürst Bülow gesehen, daß es nicht gut sei, ohne weiteres das Tischtuch zwischen sich und den Agrariern zu zerschneiden. Der Thron der Hohenzollern werde nicht wankend gemacht werden können, solange der Bauer der Sozialdemokratie entgegentreten könne. So werde aber auch der letzte Kampf ausgefochten werden zwischen dem Bunde der Landwirte und der Sozialdemokratie. Nach Rösicke nahm Frhr. v. Wangenheim das Wort, der sich der Hoffnung hingab, die Arbeiterschaft für die nationale Gemeinsamkeit zu gewinnen. Nirgends sei für die Arbeiterschaft so viel geschaffen worden als in Deutschland, aber diese habe nur mit Undank gelohnt. Rußland sei ein warnendes Menetekel dafür, daß wir nicht gleichen Zuständen zusteuern. Er begrüße es daher mit Freuden, daß der Reichskanzler so energisch der Sozialdemokratie entgegengetreten sei. Redner lobt vor allem die Freien Städte, die sich zu einem Gesetz gegen den sozialistischen Ansturm aufgerafft hätten. Reichsritter Semitsch von Hohenblum brachte die Grüße der österreichischen Agrarier. Zur „goldenen" und zur „roten" Internationale sei jetzt die „große" Internationale getreten, und so sei er zum heutigen Tage nach Berlin gekommen, um im Namen der Bauern Oestreichs der deutschen Landwirtschaft die Bruderhand zu reichen.

Ueber die „sogenannte" Fleischnot sprach Aus dem Winckel, der hervorhob, daß an der Teuerung, die die Landwirtschaft lebhaft „bedaure", ganz andere Faktoren die Schuld trügen. Hätten doch 1892 Kommunen Abgaben auf das Fleisch gelegt. Auch die Oeffnung der Grenzen wäre kein Heilmittel gewesen.

Der Versammlung wurde folgende, von echt agrarischer Bescheidenheit und von tiefem politischen Verständnis zeugende Resolution vorgelegt:

„Die Generalversammlung des Bundes dankt dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn preußischen Landwirtschaftsminister dafür, daß sie trotz der Angriffe, die ihnen zuteil geworden sind, doch die veterinärpolizeilichen Schutzbestimmungen im Interesse der deutschen Viehzucht aufrecht erhalten haben. Sie haben dadurch nicht nur der deutschen Landwirtschaft sondern auch dem Lande selbst unschätzbare Dienste geleistet.

Durch die Maßnahmen der Regierung in der letzten Zeit hat sich nach und nach wieder das Vertrauen zur Regierung in landwirtschaftsfreundlichen Kreisen zu entwickeln begonnen. Wir bitten den Herrn Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß dieses Vertrauen sich immer mehr stärken kann, und daß Maßnahmen vermieden werden, welche diese Entwicklung zu stören geeignet sind.

So bitten wir vor allem, daß das Reich und die Regierungen der Einzelstaaten mit Nachdruck darauf bedacht sind, die deutsche Landwirtschaft im Interesse des Vaterlandes weiter zu fördern, den Mittelstand durch geeignete Einrichtungen vor seiner Auflösung zu bewahren, ihn im Gegenteil zu stützen und zu stärken, bei der Regelung der weiteren Beziehungen Deutschlands zum Auslande, den Empfindungen der nationalen Kreise des Volkes Rechnung tragend, in keiner Hinsicht nachzugeben, wo das Nachgeben mit den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands unvereinbar und nicht durch entsprechende Gegenleistungen begründet erscheint.

Die schwersten sachlichen und grundsätzlichen Bedenken hegt die Generalversammlung gegen die Einführung einer Reichserbschaftssteuer. In der Ueberzeugung, daß die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Eltern, Kinder und Gatten der deutschen Auffassung von der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Familie aufs schärfste widerspricht, erklärt sie sich unbedingt gegen eine solche etwa geplante Ausdehnung der Steuer."

Die Resolution wurde selbstverständlich einstimmig angenommen.

Ein Tropfen sozialen Oels?

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet vom 12. Februar:

Das königliche Staatsministerium trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Fürsten von Bülow heute zu einer Sitzung zusammen.

Wie wir hören, wird sich dieser Sitzung des Staatsministeriums wahrscheinlich morgen ein Kronrat unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Königs über mehrere Fragen, darunter Heimarbeit und Ostmarkenpolitik, anschließen.

Bekanntlich hat die Frau des preußischen Königs vor wenigen Tagen die Berliner Heimarbeiter-Ausstellung besucht, und hat sich dort unter der sachkundigen Führung organisierter Partei- und Gewerkschaftsgenossen davon überzeugen dürfen, daß es in Deutschland unzählige Stützen des Altars und des Thrones gibt, die für die Arbeitsstunde zwei und drei Pfennige Lohn bezahlen. Die Aufklärungen, die die Kaiserin dort erhalten hat, scheinen nun zu jenem für Dienstag angesagten Kronrat geführt zu haben.

Man darf abwarten, was bei der Sache herauskommt. Sehr merkwürdig ist es auf alle Fälle, daß man den Heimarbeiterschutz zu einer preußischen Staatsangelegenheit machen und dem Dreiklassenparlament — einem Unternehmer- und Schwitzmeisterparlament, in dem die Arbeiter kein Gehör finden — anvertrauen will. Vielleicht glaubt auch die preußische Regierung, daß es wieder einmal an der Zeit sei, die Sozialdemokratie „auch auf anderem Wege als dem der Repression" zu bekämpfen und die sogenannte „Kompottschüssel" der Sozialpolitik, die neulich erst für voll erklärt wurde, ein wenig aufzufrischen.

Die Arbeiter werden etwaige sozialpolitische Reformversuche wie immer streng nach ihrem Wert und Inhalt taxieren. Sollte es aber etwa irgendwo Politiker geben, die meinten, man könne durch ein wenig Arbeiterschutz den Kampf der Arbeiter um ihre politische Gleichberechtigung lähmen, so hätten sie ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Durch einen Tropfen sozialen Oels lassen sich die erregten Wogen der politischen Demokratie nicht besänftigen.

Wie Kiautschou deutsch wurde.

Einen interessanten Beitrag zur Geschichte der „Pachtung" Kiautschous veröffentlicht der Petersburger Herold. Von einem Gewährsmann, der, wie das Blatt behauptet, dem verstorbenen Reichskanzler Fürsten Hohenlohe früher sehr nahe gestanden hat, wird ihm folgende Aeußerung mitgeteilt:

Als ich mit dem fertig ausgearbeiteten Projekt der Besetzung von Kiautschou zu Kaiser Wilhelm kam, um darüber Vortrag zu halten, griff Kaiser Wilhelm schmunzelnd in ein Schubfach und sagte, indem er dem eben einen Brief des Kaisers von Rußland entnahm: „Hier! da haben Sie Ihr Projekt schon verwirklicht, ich habe die Sache schon im persönlichen Briefwechsel mit dem Kaiser von Rußland geregelt.

Der Berliner Korrespondent der Münch. Neuest. Nachr. ergänzt diese Mitteilung durch nachstehende Schilderung:

Nicht ganz so, aber ähnlich ist der Hergang in der Tat gewesen. Als Deutschland die Besetzung eines Hafengebietes in China plante, wobei für Kiautschou gegenüber einem weiter südlich gelegenen Hafen besonders das Votum des großen, jüngst verstorbenen Geographen Frhrn. v. Richthofen ebenso wie der Wunsch der Marine ins Gewicht fielen, war man in Petersburg nicht weniger als in London überrascht, daß Deutschland in Ostasien einen „Platz an der Sonne" haben wolle. Zwischen dem Marquis of Salisbury und dem Grafen Murawiew, die damals die auswärtige Politik ihrer Staaten leiteten, entstand ein lebhafter Briefwechsel, und Salisbury schlug damals direkt eine englisch-russische Kooperation vor, um den deutschen Plänen Einhalt zu tun. Das Mißtrauen Murawiews, der übrigens bald darauf eines plötzlichen Todes — wohl durch Selbstmord — starb, witterte jedoch in dem englischen Vorschlag eine Falle: die britische Politik wolle Deutschland und Rußland entzweien, um selbst freie Hand in Ostasien für einen Feldzug im Trüben zu bekommen. Deshalb zögerte er, während er gleichzeitig Deutschland Schwierigkeiten machte. In dieser kritischen Zeit wandte sich Kaiser Wilhelm brieflich an den Zaren, und dieser gab rückhaltlos die Zusage, daß Rußland gegen die Pachtung Kiautschous nichts einzuwenden habe. Dieser Brief des Zaren, der über den Kopf des Minister Murawiew ging, mag der Kaiser dem Fürsten Hohenlohe gezeigt und dabei ähnliche Worte, wie oben mitgeteilt, geäußert haben. Dies geschah im Sommer 1897.

Die Verantwortung für diese Enthüllung muß den Münch. Neuest. Nachr. überlassen bleiben. So ganz unwahrscheinlich klingt die Nachricht nicht. Besser wäre allerdings gewesen, der Zar hätte sich weniger zustimmend verhalten — dann hätten die Chinesen den sandigen Platz „an der Sonne" behalten, und wir unsere vielen Millionen. Oder sollte vielleicht der Zar durch seine Räte vorher genau über den Wert des sonnigen „Pachtlandes" unterrichtet worden sein?

Die Marokko-Konferenz eröffnet immer düstere Aussichten. Die englische Presse macht sich mit dem Gedanken vertraut, daß infolge der Haltung Deutschlands in der Polizeifrage die Algeciras-Konferenz ergebnislos verlaufen werde. Obwohl die Presse durchweg die französischen Forderungen unterstützt, hält der liberale Daily Chronicle den Ausbruch des Krieges für gänzlich undenkbar, wenn auch das Fehlschlagen der Konferenz die internationale Lage bedeutend verschlimmere.

Eine teuere Ruine. Dem Landesausschuß von Elsaß-Lothringen wird ein Nachtrags-Etat zugehen, in dem u. a. ein Kredit von 200 000 Mark für den Ausbau der Hohkönigsburg gefordert wird.

Der Reichstag hat seinerzeit für die Ruine schon 800 000 Mark bewilligt.

Gleich und gleich gesellt sich gern. Die antisemitische Staatsbürger-Zeitung wird in den Verlag der Kronsheinschen Post übergehen. Den Redakteuren der Staatsbürger-Zeitung ist bereits zum 1. April gekündigt; doch soll dieses Blatt zunächst noch neben der Post als billigeres Scharfmacher-Organ weiterbestehen und von den Post-Redakteuren im Nebenamt redigiert werden.

Der Dreschgraf auf Urlaub. Erst jetzt wird bekannt, daß Graf Pückler vor kurzem in Berlin geweilt hat. Zu Kaisers Geburtstag hatte er von der Festung Weichselmünde, wo er zurzeit seine Strafe „abbüßt", Urlaub genommen und den 26. und 27. Januar in Berlin verlebt. Pücklers Anhänger glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß ihr Graf am 27. Februar, dem Tage der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares, vollständig begnadigt wird.

Das Spiel in der Armee. Berliner Blätter berichten: Es wird in Militärkreisen viel bemerkt, daß seit zehn Tagen der Kapellmeister Przywarski vom Kaiserin Augusta-Regiment nicht mehr zum Dienst erscheint, und daß auch der Feldwebel Renno von der 1. Kompagnie dieses Regiments seit derselben Zeit vom Dienste abgelöst worden ist. Dies hängt mit einer Spieleraffére zusammen, die wahrscheinlich zahlreiche Kapellmeister der Garderegimenter und auch eine Reihe von Feldwebeln in Mitleidenschaft ziehen wird. Die Herren spielten lange Zeit in dem Café Riedel am Belleallianceplatz, und zwar lediglich Vierblatt. Der Einsatz betrug mitunter acht Mark, und das „Bäte" erreichte nicht selten die Höhe von 150 Mk. Auf diese Weise wurden ganz bedeutende Umsätze erzielt, und es kam oft vor, daß ein Spieler mit einem Verlust von 800 Mark und mehr nach Haus ging. Oft dehnte sich das Spiel bis früh um acht Uhr aus, so daß die Spieler oft von dem Café aus direkt zum Dienst gingen. An den Partien beteiligten sich außer Przywarski noch verschiedene seiner Kollegen von anderen Regimentern, aber auch mehrere Feldwebel. Durch eine anonyme Mitteilung waren die militärischen Vorgesetzten auf die Spielleidenschaft Przywarskis hingewiesen worden. Ein Hauptmann drang abends unvermutet in das Spiellokal ein und überraschte dort die Herren. Auf dem Tische lagen hohe Geldbeträge. Infolge dieser Entdeckung wurden Kapellmeister Przywarski und der Feldwebel Renno sofort vom Dienste dispensiert. Die Anzeige wird auf einen Racheakt zurückgeführt, da Przywarski bei seiner Kapelle unbeliebt war. Er braucht für seine Zukunft nicht besorgt zu sein, da er sehr vermögend ist und außer einigen Häusern in Koblenz auch eine Villa in Buckow besitzt.

Ausland.

Frankreich. Neue antimilitaristische Demonstrationen. In der Sonntag-Nacht wurden in Paris vom internationalen antimilitaristischen Arbeiterverband neue Plakate an die Mauern geschlagen. Die Anschläge sind in denselben Worten verfaßt, wie die damaligen, die Anlaß zu dem Antimilitarisstenprozeß gegen Professor Hervé und Genossen gegeben hatten. Der neue Maueranschlag trägt 400 Unterschriften und enthält eine Nachschrift mit der Anmerkung, daß das Format des Plakates es nicht gestatte, die genauen Adressen aller Unterzeichneten beizufügen, daß diese aber in dem Lokal der Antimilitaristen der Polizei zur Verfügung stehen.

Belgien. Der Kongostaat ein finanzielles Unternehmen Leopolds. Der Professor Cattier von der Brüsseler Universität hat soeben ein Buch über den Kongostaat erscheinen lassen. Der Autor, ein überzeugter Monarchist und Kolonialschwärmer, zerstört vollständig den Glauben, als ob der Kolonisierung des Kongo ein höheres menschliches und staatliches Interesse zugrunde liege. Er stellt fest, daß die Kongoregierung sich in erster Linie bemüht habe, einen möglichst hohen Ertrag aus der Kolonie heraus zu wirtschaften: Erhöhung und rigorose Eintreibung der Steuern, rapide Ausbeutung des natürlichen Reichtums des Landes, Beschleunigung aller öffentlichen Arbeiten, die geeignet schienen, die Produktivität des Landes zu erhöhen. Im Interesse der Eingeborenen ist nichts geschehen, nicht der geringste Versuch, diese zu höherem Menschentum zu erziehen. Nicht einmal die ökonomischen Interessen des belgischen Staates sind wahrgenommen, die ganze Verwaltung des Kongostaates hat nur ein Ziel im Auge gehabt: Die Kasse des königlichen Souveräns nach Möglichkeit zu füllen. Nach der Berechnung Cattiers sind der Krone 70 Millionen Frank aus den Erträgnissen des Kongostaates zugeflossen. Mit dieser Summe, in der Kolonie selbst verwandt, wäre jedes Defizit vermieden worden, die notwendigen Reformen hätten sich leicht durchführen lassen und die Eintreibung der Steuern hätte in humaner Weise vorgenommen werden können. In welcher Weise diese ungeheuren Summen, die der königlichen Spekulant teils in Belgien, teils in Amerika und China angelegt hat, zusammengerafft worden sind, ist durch andere Schriften, Berichte der Missionare usw. genügend bekannt geworden. Das Besitztum des belgischen Königs am Kongo hat eine Ausdehnung etwa zehnmal so groß als Belgien. In dem betreffenden Kapitel wird dann weiter ausgeführt, welche Unsummen Leopold II. aufgewandt hat, um seine Schlösser Laeken, Ostende usw. zu verschönern, seinen Besitz zu vergrößern.

Italien. Das neue Ministerium begegnet, auch in Reihen der Sozialisten, allgemeiner Achtung und Sympathien. So schreibt der Genosse Ferri im Avanti u. a., daß die Konstituierung des neuen Ministeriums ein erster Schritt sein könne auf dem Wege zur Regeneration des Landes. Die neuen Minister seien die Vertreter einer ehrlichen Politik und noch in keiner Weise kompromittiert. Die Sozialisten würden die Regierung anspornen, Reformen durchzuführen, sie werden für oder gegen das Ministerium stimmen, je nachdem dieses die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt oder vernachlässigt.

England. Die neue Arbeiterpartei tritt in dieser Woche zu einem Kongreß zusammen, zu welchem die Trade-Unions, soweit sie dem Arbeitervertreter-Komitee angeschlossen sind, Delegierte entsenden. Selbstverständlich nehmen auch die gewählten Abgeordneten teil. Die letzteren treten schon vorher zu einer Beratung zusammen, um sich einen Führer im Parlament zu wählen; in Frage kommen, Keir Hardie, Shackleton und Henderson. Der Kongreß selbst wird gewissermaßen ein Programm des neuen Partei aufzustellen haben. Es kommen unter anderen folgende Punkte zur Beratung, bezw. gelangen frühere Beschlüsse zur Bestätigung: Absolute Unabhängigkeit der Arbeiterpartei im Parlament; allgemeines Wahlrecht, auch für Frauen; Gewerkschaftsgesetz, zum Schutze der Gewerkschaftskassen; Arbeitslosengesetz; Einführung des Achtstundentags für alle Industrien; Unterstützung der Handlungsgehilfen bei ihrer Forderung auf eine 60stündige Arbeitswoche; Forderung, daß die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter einen Minimallohn von 30 Schilling, die Ungelernten mindestens 24 Schilling die Woche zu erhalten haben; die Kosten der Sozialreform sollen aufgebracht werden durch Steuern auf Erbschaft, Renten usw.; freier Schulunterricht; internationale Verständigung, die auf allgemeine Abrüstung hinzielt. Für die Verhandlungen sind drei Tage angesetzt.

Afrika. Eingeborenen-Aufstand in Englisch-Südafrika. In der ganzen Kolonie Natal ist das Kriegsrecht erklärt worden. Nach der Ermordung des Unterinspektors Cooper von der Natal-Polizei, ließen die Eingeborenen, die christliche Kaffern vom Momelisstamme sind, ihre Kraals im Stich und flohen nach dem bewaldeten Land bei den Quellen des Umkomaas-Flusses. Eine Abteilung Kavalleriere mit einer Feldbatterie, zusammen 350 Mann, ging Sonnabend nach der Stätte des Aufruhrs ab. Die Miliz erhielt Befehl, sich für die Mobilmachung bereit zu halten. Die britische Regierung bot die Entsendung von Truppen an, doch lehnte Lord Selborne das Angebot ab. Es wurde Preßzensur eingerichtet.

Zur Revolution in Rußland.

In Moskau wurden die verhafteten Mitglieder des Arbeiter-Deputiertenrates auf administrativem Wege auf fünf Jahre in entfernte Gouvernements verbannt.

Neue Judenverfolgungen in Odessa in Sicht. Der Russ. Korr. wird aus Odessa geschrieben: Die hiesigen Israeliten sind infolge von Gerüchten über bevorstehende Pöbelunruhen wieder sehr erregt. Das „Schwarze Hundert" agitiert stark unter den aus Mandschurien zurückkehrenden Soldaten. Man sucht den Soldaten einzureden, daß die Israeliten an allen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060214-15/fragment/page=0002

schuld seien. Der hiesigen Garnison ist unterhörterweise eingeschärft, nicht auf Plünderer zu schießen. Israelitische, nach dem Kriege der Reserve zugeteilte Soldaten meldeten der Obrigkeit die Gerüchte von den bevorstehenden Plünderungen. Dadurch wurden die Tatsachen bekannt. Die Obrigkeit gab aber bisher nur leere Versprechungen. Falls wirklich wieder neue Meyeleien stattfinden sollten, so steht die Mitschuld der Behörden außer Zweifel. Sozialistische Arbeiter agitieren energisch für den Boykott der Duma, ebenso fordert der „Bund" die Israeliten auf, sich in die Wählerlisten nicht eintragen zu lassen. Eine gut unterrichtete hiesige reaktionäre Zeitung berichtet, daß der Kriegszustand bis zur völligen „Beruhigung" der Bevölkerung voraussichtlich bis zum Sommer dauern werde. Die Regierung hofft, durch die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes die Agitation des sozialistischen Parteien bei den Dumawahlen paralysieren und die im Frühjahr zu erwartende Agrarbewegung niederhalten zu können.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Ein neuer Leipziger Prozeß. Die Eröffnungskammer des Landgerichts beschloß, daß gegen den Genossen Kressin wegen des Artikels Albertinische Profile, erschienen in der Leipziger Volkszeitung und in der Volkszeitung für das Muldental, Anklage wegen Beleidigung des Königs von Sachsen zu erheben sei.

§ Das System Hilger im Harz. Als kürzlich einige Genossen in den Bergorten Clausthal und Zellerfeld Flugblätter an die „Bergknappen des Königs" verbreiteten, wurden zwei der Verteiler, Schropp und Rosenthal, verhaftet. Die Staatsanwaltschaft scheint es nicht gern zu hören, daß im Harz für die 9½stündige Schicht noch 2.38 Mk. gezahlt werden.

Parteinachrichten.

— **Die Mandatsniederlegung** des Genossen Cramer, die wir schon gestern kurz meldeten, ist nach Annahme einer Resolution erfolgt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Parteiversammlung spricht dem Genossen Cramer für seinen Gang zum Großherzog und für seine abgegebene Erklärung: „Er widerrufe unter keinen Umständen!" ihre entschiedene Mißbilligung aus. Die Versammlung erwartet von dem Genossen Cramer, daß er, entgegen seiner Erklärung, zugibt, einen Fehler gemacht zu haben und daß er sich verpflichtet, diesen Fehler durch eine intensive Arbeit für die gesamte Arbeiterbewegung so weit wie möglich wieder gut zu machen."

Noch in derselben Nacht sandte Genosse Cramer drei Schreiben ab an den Parteivorstand in Berlin, das Reichstagspräsidium und den Darmstädter Oberbürgermeister (Cramer ist auch Stadtverordneter), in welchen er seine Mandatsniederlegung anzeigte.

Hoffen wir, daß uns bei der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl der Sieg wieder im ersten Wahlgange zufällt. Das Ergebnis der letzten Wahl war folgendes: Cramer (Soz.) 14144, Nationalliberal 8659, Freisinn 1997, Bauernbund 1845, Zentrum 900. Die sozialdemokratische Mehrheit betrag demnach 743 Stimmen.

— **Reichstagskandidat für Kaiserslautern.** Sonntag wurde in der in Kirchheimbolanden abgehaltenen Kreiskonferenz einstimmig der Landtagsabgeordnete Genosse Klement als Kandidat für die Ersatzwahl aufgestellt.

— **Genosse Löbe in Breslau** hat gestern nachmittag das Gefängnis in Wohlau bezogen, um die gegen ihn verhängte furchtbare Strafe von einem Jahr Gefängnis wegen Aufreizung zu verbüßen. Löbe ist seit sieben Jahren an der Volkswacht tätig und muß jetzt das achte Jahr im Gefängnis zubringen, weil er es gewagt hat, die preußischen Proletarier zum unermüdlichen Kampfe gegen die Dreiklassenschande aufzurufen.

— **Parteipresse.** Genosse Erdmann hat seine Stellung an der Rheinischen Zeitung gekündigt; er tritt Ende Juni aus der Redaktion aus, bleibt jedoch als Mitarbeiter weiter tätig.

Volkswirtschaftliches.

Arbeitsverhältnisse in Japan. Japan tritt unter ähnlichen Verhältnissen in die kapitalistische Aera ein, wie England Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Kein Fabrikgesetz, keine Organisation der Arbeiter hindert noch die Ausbeutungssucht der Fabrikanten. Man höre, was ein Japanreisender in einem englischen Blatte über die Arbeitsverhältnisse in einer japanischen Fabrik schreibt: Von 3000 in dieser Fabrik beschäftigten Arbeitern waren 2300 Frauen und Mädchen. Für drei Jahre mußten sich diese Arbeiterinnen kontraktlich verpflichten, und zwar zu folgenden Bedingungen: Zwölf Stunden Arbeitszeit, abwechselnd in Tag- und Nachtschicht, den Sonntag einbegriffen. Zwei Ruhetage im Monat waren vorgesehen. An Lohn erhielten sie zehn Sen (20 Pf) pro Tag. Von diesem Schandlohn wurden aber etwa 15 Pf. pro Tag in Abzug gebracht für eine miserable Kost und Unterkunft, welche die Mädchen direkt in der Fabrik erhielten. An Barlohn verblieben den Frauen also nur etwa 40 Pf. die Woche. Diese armen Geschöpfe wurden in den drei Jahren wie Gefangene gehalten, durften nie von der Arbeit fern bleiben; selbst bei Krankheiten wurden ihnen noch Abzüge gemacht. Die bescheidenen Versuche dieser grenzenlosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch Fabrikgesetzgebung ein Ziel zu setzen, sind bisher noch immer gescheitert. Für jugendliche Personen unter 16 Jahren ist die Arbeit in den Fabriken zwischen 10 Uhr abends und 4 Uhr morgens verboten; aber auch hiervon sind eine Menge Ausnahmen zulässig und im übrigen kümmern sich die Fabrikanten wenig um das Gesetz. Eine Unfallversicherungs-Gesetzgebung besteht nicht. Die Fabrikanten sind nur durch Haftpflicht gebunden, bei Unfällen geringe Abfindungssummen zu zahlen. Schutzvorbereitungen an den Maschinen fehlen fast immer, da Unterlassungen mit Strafe nicht bedroht sind. — Es wird der in Japan in der Entwicklung begriffenen modernen Arbeiterbewegung vorbehalten bleiben, der von den Kapitalisten systematisch betriebenen Knechtung und Verelendung der Massen einen Damm entgegenzusetzen, die Arbeiterklasse aufzurütteln und zu höheren Zielen zu führen.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 13. Februar.

Vorsitzender: Direktor Reuter; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Schmidt.

Wegen eines Kupferdiebstahls wurden drei Arbeiter aus Beesenlaublingen antragsgemäß zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie wurden für überführt erklärt, aus dem Gärraum der Brennerei des Fabrikbesitzers Ernst 4 Kupferrohre im Werte von 450 M. entwendet zu haben. Zu der Verhandlung waren 21 Zeugen geladen.

Gegen das Fürsorgegesetz verstoßen hatte eine Handelsfrau von hier. Der Angeklagten Tochter war der sog. Fürsorge entlaufen und zur Mutter gegangen. Wenn nun die Polizei kam und Recherchen anstellte, dann wurde das Kind bei Hausnachbarn versteckt. Erst hatte das Mädchen der Mutter gesagt, es sei beurlaubt. Da die Angeklagte schon vorbestraft ist, wurde sie mit 14 Tagen Gefängnis bestraft.

Hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt gegen den jugendlichen Arbeitsburschen Bärwinkel von hier, der im Jahre 1904 zwei noch nicht 16jährige Mädchen verführt hatte. Er wurde bedingt zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Noch sehr jung, aber schon recht verdorben ist ein Student der Landwirtschaft, der hier mehrere Schwindeleien gemacht hat. Der Mensch bereitete seinen wohlhabenden Eltern schon viel Sorge. Im jugendlichen Leichtsinn mietete er sich im Hotel goldner Ring ein, lebte dort flott und verschwand nach Hinterlassung einer Schuld von 67 M. Dann logierte er sich als „Herr v. Bock" im Hotel Stadt Hamburg ein und schädigte den Wirt um 19.75 M. In dem Delikatessgeschäft von Bertel u. Broskowski erschwindelte er im Auftrage einer Frau v. Mittelstädt einen Frühstückskorb mit seinen Einlagen für die Zunge im Werte von 30 M. Der Staatsanwalt bezeichnete den jungen Mann als gemeingefährlich, und das Gericht verurteilte ihn wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis.

Ebenfalls wegen Betrugs wurde ein hiesiger Kolporteur zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, der eine ganze Reihe hiesiger Bürger dadurch schädigte, daß er ihnen das Buch „Frieden im Haus" aufhängte.

Versammlungsberichte.

Fabrikarbeiter, Halle. Die Beratung des § 9 des Statuts war in der letzten Versammlung der Hauptpunkt der Tagesordnung. Der Kassierer führte Fälle an, die sich seit Oktober 1905 bis jetzt, beim Auszahlen der Erwerbslosen-Unterstützung bemerkbar gemacht haben. Die Meldungen sind streng nur zu halten. Damit jeder weiß, wohin er sich bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu wenden hat, ist jedem Kollegen ein namentliches Verzeichnis der Verwaltungsmitglieder zugestellt worden. Anfang März wird der Vertrauensmann mehrere öffentliche Versammlungen einberufen, und zwar für die Stärke-, Zucker- und Schokoladenfabriken sowie für Färbereien. Es ist daher notwendig, daß jeder in den genannten Betrieben Beschäftigte sich mit den inneren Verhältnissen derselben vertraut macht und das entsprechende Material der Verwaltung zustellt. Außerdem soll jedes Mitglied für starke Beteiligung des Winter-Vergnügens am Sonnabend, den 24. Februar, im Bellevue Sorge tragen. (6. 2.) W. K.

Modelltischler, Halle. In der am 3. Februar stattgefundenen Sektions-Versammlung wurde Stellung zur Modelltischler-Konferenz genommen. Aus der Debatte ging hervor, daß die Konferenz segensreich wirken würde. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, bei der Lokalverwaltung zu beantragen, daß zwei Kollegen in der nächsten Sektions-Versammlung als Delegierte gewählt werden sollen. Unter Verschiedenem wurde Beschwerde über einen Kollegen geführt, welcher bei der Firma Zimmermann & Ko. arbeitet, außerdem aber nach Feierabend zu Hause für die Firma Jäger Modelle anfertigt. (9. 2.) T.

Steinsetzer, Halle. In der Mitglieder-Versammlung vom 4. Februar wurde über eine Teuerungszulage verhandelt. Als Forderung wurde Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. festgelegt. Der Gesellenausschuß soll bei der Innung vorstellig werden. Ferner kam der Schiedsspruch, der in der Sache May und Rothe gefällt worden ist, zur Sprache. Es wird hierin ausgeführt, daß das Verhalten der beiden Kollegen streng zu verurteilen sei. Da die beiden heute bestreiten, jene Aeußerungen getan zu haben, empfiehlt das Schiedsgericht, in Zukunft mit Behauptungen vorsichtiger zu sein. Derartige Sachen seien nicht geeignet, das Ansehen und die Entwicklung der Organisation zu fördern. Das Schiedsgericht erwartet, daß hiermit die Differenz erledigt ist und Beleidigungen von keiner Seite wiederholt werden. — Da der letzte Satz des Entscheides von den Kollegen May und Rothe nicht beachtet worden ist, beschloß die Versammlung, den beiden die Kosten des Schiedsgerichts aufzubürden, und dem Kollegen May das Amt, welches er in der Bauchujkommission bekleidet, zu entziehen; ebenso dem Kollegen Rothe das Amt im Gesellenausschuß. Auch wurde beiden das Wahl- und Stimmrecht im Verbande auf ein Jahr entzogen. Ferner soll Publikation in der Arbeiterpresse und der Fachzeitung erfolgen. (7. 2.) W. M.

Steinsetzer, Eisleben. In der am 30. Januar stattgefundenen Versammlung gab Kollege Wagner den Jahresbericht. Die hiesige Zahlstelle hat von Jahr zu Jahr an Mitgliedern zugenommen. 1905 traten 20 Kollegen bei. Der Mitgliederbestand ist jetzt 43 bei 48 am Orte Beschäftigten. Dieser guten Organisation ist auch die Durchführung unseres Tarifes zu verdanken. Versammlungen fanden 15 statt, darunter drei öffentliche. Werkstellen-Sitzungen waren wier nötig, die sich sämtlich mit Mißständen bei der Firma Lüszendorf beschäftigten. Hier werden noch 30 Pf. pro Stunde gezahlt, macht bei acht Stunden Arbeit pro Tag 2.40 Mk. Verschiedene Kollegen müssen außerdem noch einen 2½stündigen Weg zurücklegen. Wie soll nun ein Familienvater mit so einem Lohn bei den heutigen teuren Verhältnissen auskommen? Herr Lüszendorf liebt des weiteren eine besonders „humane" Behandlung der Arbeiter. So ließ er einem Arbeiter gegenüber folgenden Satz vom Stapel: Euch Arbeiter muß man ausmergeln bis auf die Knochen und dann in A . . . . treten. (!) Die Arbeiter werden sich aber wohl nicht so ruhig ausmergeln lassen, sondern beizeiten nach einem anderen Arbeitsplatze umsehen. — Von den 43 Organisierten kommen auf Eisleben 22, Helfta 5, Oberröblingen 4, Lütgendorf 3, Hettstedt und Benernaumburg je 2, und je einer in Erdeborn, Zabitz, Hadersleben, Wormsleben und Wolferode. 14 Kollegen lesen das Volksblatt, 7 gehören dem Sozialdem. Verein an. Als Vorsitzende werden gewählt: Handschke und Wagner, Kassierer: Rennert und Friedrich, Schriftführer: Ehrhardt. Zu Revisoren werden gewählt: Berger, Illardt, Schmidt. Kartell-Delegierte: Amelang und Ehrhardt. Unter Verschiedenem kommt eine Angelegenheit betr. der Ortskrankenkasse zur Sprache. Ein früherer Verbandskollege Rost arbeitet jetzt den Arbeitern entgegen, wie er ja auch bei Streiks den Streikbrecher gemacht hat. (Eingeg. am 6. Februar.) W.

Oeffentliche Volksversammlung in Annaburg. In der am Sonntag, den 4. Februar, in Beks Gesellschaftshaus stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung referierte Genosse Fleißner-Dresden über: Reichssteuerpolitik und Reichsfinanzreform. Es war zu erkennen, daß auch hier schon etwas Bewegung unter der Arbeiterschaft Platz gegriffen hat. Leider muß konstatiert werden, daß die hiesigen Verhältnisse noch sehr mangelhafte sind, denn die meisten Arbeiter halten es nicht für nötig, sich der politischen Partei anzuschließen. Diese denken, wenn sie die Versammlung besuchen, nach Schluß des Vortrages in die Hände klatschen und Bravo rufen, vielleicht auch beim Herumreichen einer Sammelliste ihr Scherflein mitzeichnen, daß das genügt! Nein, ihr Arbeiter Annaburgs, das genügt noch lange nicht, tut das, was euch der Referent sagte: „Schließe sich ein jeder dem sozialdemokratischen Wahlvereine an, lese ein jeder das Hallesche Volksblatt, verbreite es selber und suche neue Abonnenten zu gewinnen. Wenn man in Betracht zieht, daß bei der letzten Reichstagswahl 1903 über 300 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, daß aber nur 30 Mann dem Wahlverein angehören und nur 95 Abonnenten auf das Hallesche Volksblatt vorhanden sind, da muß sich doch ein jeder selber sagen, daß dies anders werden muß. — Genosse Fleißner schilderte in seinem eindreiviertelstündigen Vortrage die Verhältnisse und die Situation, in welche die breiten Massen der Arbeiterschaft Deutschlands getrieben worden, wenn die Steuer- sowie Flottenvorlagen nach dem Willen der Regierung angenommen würden. Er zergliederte und kritisierte die einzelnen Punkte so klar und deutlich, daß es wohl der Beschränktesten begreifen konnte. In der Diskussion sprachen die Genossen Thomas sowie Schmidt über die Wahrnehmungen, die sie bei der letzten Reichstagswahl in einzelnen Ortschaften gemacht haben, wie ungeredt es bei der Wahl zugegangen ist. Die vielen Beeinflussungen haben es ja so weit gebracht, daß die Wahl beanstandet und heute noch nicht rechtskräftig geworden ist. In seinem Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden nochmals auf, sich dem sozialdemokratischen Wahlverein anzuschließen, das Volksblatt zu abonnieren und Schulter an Schulter mitzukämpfen, damit wir zum Ziele kommen und aus dem uns auferlegten Kampf als Sieger hervorgehen. Unsere Gegner müssen fühlen, was die Arbeiterschaft durchzusetzen imstande ist. Es darf nicht im alten Schlendrian weiter gehen, denn wollt ihr euch aus eurem Joche befreien, andere Zustände für euch und eure Familie schaffen, dann legt eure Gleichgültigkeit ab. Nur dann können wir zum Siege gelangen. (Eingeg. am 7. Februar.) H. W.

Quittung.

Das Zentral-Agitations-Komitee für den Regierungsbezirk Merseburg hat durch Genossen Leptz von Halle und Saalkreis 540 Mark für Kalender 1906 erhalten. G. Schmidt.

Halle. Für Parteizwecke: Beim Richteschmaus bei Küster durch Genossen Bartsch 6 Mark. Lepitz.

Eisleben. Für Parteizwecke: Von Haasens Kapelle 1.55, durch Behrendt 0.45, für Kalender durch Expedient Döring 1.10 Mark. Joh. Stelzer.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Partei-Sekretariat für Halle und den Saalkreis
Harz 42/43, Hof, 3 Treppen.

Für sparsame Hausfrauen!

Ocean-Spar-Seifenpulver

ist das beste und billigste Waschmittel.

In allen besseren Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Geschäften erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:
Leipzig-Wahrener Dampfseifenpulver- und Seifenfabrik **Freyberg & Co.**, Leipzig-Wahren.
Vertretung und Lager für Halle a. S. und Umgegend:
M. E. Schaarschmidt, Halle a. S., Charlottenstrasse 2, Telephon 709.

Achtung! Achtung!
Schuhmacher, Lederarbeiter
und Freunde werden zu unserem, am Sonnabend den 17. Februar 1906 stattfindenden
Fabrikfeste verbunden mit **Maskenball**
höflichst eingeladen. Im Namen der Vertrauensmänner:
Kottenhahn, Hallesche Schuhfabrik, Taubenstr. 25.

Kanarienvögel.
Kaufe Hähne v. 3 Mk. an u. höher, Weibchen 60 Pfg., i. Posten. Vögel best. Stämme hole auch im Hause ab.
K. Böschel, Blumenthalstr. 8.

sehr süss und mild **Syrup** à Pfd. nur 16 Pfg.
H. W. Haacke, Gr. Klausstr. 16.

Gelegenheitskauf
neuer **Möbel.**
Plüschsofa 48 M., Kleiderschrank 28 M. Vertikow 36 M., gr. Spiegel 10 M., Sofatisch 9 M., 2 Betten, 2 Waschcommoden m. Matr. à 28 M., Stühle u. Rohrstühle à 3.50 M., Schreibtisch 18 M., Nähmasch. 5 Jahre Garantie, nur 48 M., sof. z. vk.
Geiststrasse 21, 1 Treppe.

Kinder-Wein,
reiner Medizinal-Ungar.
Flasche 50 Pfg und 1,00 Mk.
Max Rädler,
Drogerie, Rannischestrasse.

Ordentl. Arbeiter i. Ochsengespann gesucht Oekonomie Angerweg 28.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060214-15/fragment/page=0003

Kranken- u. Sterbekasse d. Maurergewerks

zu Halle a. S.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß vom **11. Februar 1906** ab sämtliche Geschäfte dem Kollegen

Voigt, Kochstrasse 19, 1 Treppe

übertragen sind.

Daselbst werden **Krankenscheine** ausgestellt, sowie **Anmeldungen bei Sterbefällen,** durch Legitimation des Quittungsbuches, entgegen genommen. **Der Vorstand.**

№ 83011

RABATT-KARTE

Hamburger Engros-Lager

Leopold Nussbaum

Halle a. S.
Gr. Ulrichstrasse 60/61.

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Wunsch bei Bar-Einkäufen für je 20 Pfg. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Diese Marken klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit **1 MARK** bei Einkäufen in Zahlung genommen.

Gesetzlich geschützt.

Wer bei Nussbaum kauft, spart Geld!

Motto: Wir rasten nicht, Wir rosten nicht, Wir schreiten mit der Zeit!

Grösstes Unternehmen. — Grösster Kundenkreis. — Beste Empfehlungen.

Wäscherei Galgenberg

Fernsprecher 595.

jeden Posten für sich **allein** wäscht,

keinen Chlorkalk unter Garantie von 1000 Mark anwendet,

bei günstiger Witterung **im Freien trocknet,**

die einzige am Platze, welche **Rasenbleiche besitzt.**

Wir bitten um Besichtigung, kein anderes Unternehmen ist annähernd ausgerüstet, oder könnte ähnliche Vorteile bieten.

Familienwäsche nach Gewicht von 30 Pfund an.

Fernsprecher 595.

Metallarbeiter-Verband

Mittwoch den 14. Februar abends 8 Uhr im Konzerthaus

Versammlung.

Tagesordnung:

Wahl eines weiteren Geschäftsführers.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen **Die Ortsverwaltung.**

NB. Zu dieser Versammlung hat jeder Kollege sein Mitgliedsbuch mitzubringen; ohne Buch kein Zutritt. Diejenigen Kollegen, welche ihr Buch wegen der jetzt stattfindenden Bücherkontrolle nicht haben, mögen dieses auf dem Bureau, Harz 42/43, II, abholen.

Freireligiöse Gemeinde Weissenfels.

Donnerstag den 15. d. M. abends 8 Uhr in der Zentralhalle

Vortrag

des Herrn **O. Rühle-Leipzig.**

Thema: Fort mit dem Religions-Unterricht aus der Schule! Heraus aus der Landeskirche! Freie Diskussion.

Auf diesen Vortrag machen wir ganz besonders aufmerksam und bitten um recht zahlreichen Besuch. **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Weissenfels.

Sonnabend den 17. Febr. abds. 8 Uhr in „Stadt Naumburg"

gr. Konzert,

ausgeführt von der Gesellschaft Strzelewicz-Berlin und der W. Dettmarschen Kapelle.

Nach dem Konzert: BALL.

Billette im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. Eintritt für schulpflichtige Kinder (nur an der Kasse) 15 Pfg. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Hierzu ladet freundlichst ein **Das Gewerkschafts-Kartell.**

Schirmers Restaur., Teuchern.

Sonnabend d. 17. u. Sonntag d. 18. Febr.

Bockbierfest

mit humoristischem Konzert.

Hierzu ladet freundlichst ein **Emil Schirmer.**

Eilgut! Forsterstr. 46. **Eilgut!**

Mittwoch den 14. d. M.

gr. Schlachtefest.

Früh 9 Uhr: **Wellfleisch. Wurst** auch außer dem Hause. Für Unterhaltung ist gesorgt.

Hierzu ladet ergebenst ein **Familie Hinze.**

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **H. Richards.**

Mittwoch den 14. Februar
151. Ab.-Vorst. Beamtenkarten giltig.
3. Viertel.
Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Requisiten u. Kostümen

Die Zauberflöte.

Oper in 2 Akten v. W. A. Mozart.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Donnerstag den 15. Februar
152. Ab.-Vorst. Beamtenkarten giltig.
4. Viertel.

Der Trompeter von Säkkingen.

Romantische Oper in 3 Akten von Viktor Neßler.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Gastspiel des Berliner Apollo-Ensembles.

Direktion: **H. Cornelli.**

Mit glänzender Ausstattung

Lysistrata,

große fantastische Ausstattungs-Burleske in 4 Bildern v. **Bolten Bäckers.** Musik v. **Paul Lincke.**

Im 3. Bild:

Rosenballett,

getanzt von der Prima-Ballerina Signora **Maria Villa,** den Solotänzerinnen Frl. **Schwebe** und **Fidordy** und den Damen des Balletts.

Rauchklub Manilla.

Unser

Masken-Ball

findet **Sonntag den 18. Februar** von **6 Uhr an mit freier Nacht** im **„Burgtheater"** statt.

Vereine und Gäste sind herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Kanarienvögel,

vortrefflich singend, Hähne und Weibchen, **kaufe** zu höchsten Preisen Freitag den 16. Febr. im „Zentral-Hotel". **Montag.**

Paul und Max Driesebom, Tabak- und Zigarren-Handlungen, Wörmlitzerstr. 109, Merseburgerstr. 48 empfehlen sich den verehrten Lesern bei Bedarf.
Kulante Bedienung. Qualitäten.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Dankbarkeit

zwingt mich, gern und unentgeltlich **Hals-, Brust- u. Lungenleidenden** jeglicher Art mitzuteilen, wie ich durch ein einfaches, billiges und erfolgreiches Naturprodukt von meinem qualvollen Leiden befreit worden bin.

Herbert Baumgarth in Kremmen bei Kyritz (Mark).

Soziald. Verein f. Halle und den Saalkreis.

Sonntag den 18. Februar in Brunnerts Bellevue, Lindenstraße 78

Theater-Abend.

Zur Aufführung gelangt:

„Die Juden" von Eugen Tschirikow.

Einlaß 7 Uhr. Anfang Punkt 8 Uhr.

Programme à 30 Pfg. sind **schon jetzt** in der **Volksbuchhandlung** zu haben. Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.**

PALMIN

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt, seiner Zusammensetzung und Wirkung nach, der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

Das Beste für die Wäsche ist Dr. Thompson's Seifenpulver.

Marke Schwan.

Zu haben in allen besseren Geschäften.

Walhalla.

Dir.: **Otto Herrmann.**

Nur noch 3 Tage!

The great Acosta.

Original-Luft-Ballett.

PRECIOSA GRIGOLATIS:

Der Flug durch den Zuschauerraum

und die übrigen grossen Attraktionen.

Schades Schützenhaus

Sonntag den 25. Februar von nachm. 5 Uhr ab Letzter

Volks-Maskenball

verb. mit Prämiierung. usw.

Gasthof Luckenau.

Sonntag den 18. Februar nachmittags 4 Uhr

Kleinschmaus m. Maskenball,

wozu freundlichst einladet **Reinhold Herzog.**

Maskengarderobe ist im Lokale zu haben.

Tüchtige

Metallschlosser

finden dauernde Beschäftigung bei **Herm. Wintzer, Langestr. 24.**

Tüchtige Dreher

finden sofort dauernde Beschäftig. bei **Herm. Wintzer, Langestr. 24.**

Tüchtiges Hausmädchen, nicht unter 17 Jahren, mit guten Zeugnissen zum 1. März nach Bad Kösen gesucht.

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat, **Bäcker** zu werden, wird nach Naumburg gesucht.

Lisa Räthel, Stellenvermittlerin, Teuchern, Schortauerstr. 7.

Makulatur

verkauft

Volksblatt-Druckerei.

Statt besonderer Meldung.

Gestern morgen 2 Uhr verschied nach längerem, schwerem, mit der größten Geduld ertragenen Leiden unsere liebe gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante, Frau

Wilhelmine Gelhaar,

geb. Raue

im 66. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Halle a. S. und Leipzig,
den 13. Februar 1906.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 3 Uhr auf dem Südfriedhofe statt.

Gestern nachmittag 4 Uhr verschied nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, der Buchbinder

Otto Baalss.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Triftstraße 20, aus statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190602 14-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 37. Halle a. S., Mittwoch den 14. Februar 1906. 17. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung. Montag, den 12. Februar 1906, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Dr. Nieberding.

Das Gesetz betr. Abänderung der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Die zweite Lesung des

Etats des Reichamts des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Das Höppchen, daß den Arbeitern durch die Versicherungsgesetze geboten wird, ist nichts als ein noch dazu völlig ungenügender Versuch, die Armengesetzgebung auszubauen. Das beweisen auch die Motive der Unfalls- und Invaliditätsgesetze. In den Motiven des Krankenversicherungsgesetzes heißt es vollends mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit: Die Versicherung ist dringend geboten als Erleichterung der öffentlichen Armenlast (Hört! Hört! b. d. Soz.). Man hat die Armenlast einfach auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt, man hat die Wohlhabenden, die Reichen auf Kosten der Arbeiter um Millionen bereichert, indem man sie bei Unfällen von der Haftpflicht befreit hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Ich möchte heute speziell auf die Krankenversicherung eingehen. Die Regierung zeigt sich hier in ihrem ganzen reaktionären Glanze, hat sie uns doch ein Gesetz zur Erdrosselung gutgehender Hilfskassen in Aussicht gestellt. Noch immer ist die Krankenversicherung nicht auf die ländlichen Arbeiter ausgedehnt; wenn jetzt die Konservativen und Nationalliberalen endlich mit diesem Gedanken liebäugeln, so entlehnen sie nur uns Gedanken, die sie früher bekämpft haben. Im Jahr 1882 war es das Zentrum, das die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter vereitelte. Wie schlimm die Lage der ländlichen Arbeiter ist, dafür spricht die gerichtlich festgestellte Tatsache, daß Großgrundbesitzer einem Arzte geschrieben haben, er solle sich nicht sehen lassen, es sei zu viel, wenn er einen Tagelöhner 3 bis 4mal in der Woche besuche. — Ich kann nur dringend bitten, die Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter nicht auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

Man redet immer von den ungeheuren Lasten, die die Krankenversicherung den Unternehmern auferlegt. Nun nach den Nachweisungen vom Jahre 1903 haben die Arbeitgeber 57 Millionen, die Arbeiter aber 135 Millionen zu den Krankenkassen bezahlt. Früher haben die Arbeitgeber das Doppelte an Armenlasten aufbringen müssen. — Für die angeblich schlecht bezahlten Aerzte sind 41 Millionen Mark an Arbeitergroschen gezahlt. Unternehmer, die die Krankenkasse um ihre Beiträge betrügen, werden zu lächerlich geringfügigen Strafen verurteilt. So wurde ein Maurermeister, der 1219 Mk. Krankenkassenbeiträge unterschlagen hatte, zu 30 Mk. verurteilt. Er hatte also ein Geschäft von 1189 Mk. gemacht. Während die Gerichte Betrüger laufen lassen, veranstalten die Aufsichtsbehörden ein fortwährendes Kesseltreiben gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Konservative Blätter nach Art der Post oder der Freisinnigen Zeitung (Heiterkeit b. d. Soz.) verleumden den Krankenkassenvorstand von Remscheid, und der freisinnige Oberbürgermeister hat eine Verfügung erlassen, die gemäß der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts notorisch ungesetzlich ist. Dabei haben die Arbeitgeberbeisitzer ausdrücklich erklärt, daß sie im besten Einvernehmen mit den Arbeitern leben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Verfügung des Oberbürgermeisters ist ein schwerer Rechtsbruch, ein offenbarer Staatsstreich gegen die Selbstverwaltung der Kassen. Und ein freisinniger Abgeordneter, der Abg. Eickhoff, äußert noch keine besondere Freude darüber! In Remscheid bestand seit längerer Zeit das System festangestellter Aerzte, das sich vortrefflich bewährt hat. Die Aerzte erhielten ein Jahresgehalt von 7000 Mk. und der Spezialarzt ein solches von 8000 Mk. Dies aber erklärten die Aerzte für ein kaum eben auskömmliches Einkommen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Zu dem Aerztestreik in Remscheid gab ein privater Streit zwischen einem Arzte und einem Kassenmitgliede den ersten Anlaß. Der Arzt weigerte sich, einem Schiedsgericht sich zu unterwerfen, weil das unstandesgemäß sei. Die Kassenärzte wurden von den übrigen Aerzten gezwungen, in den Streik zu treten und durften noch am 28. September die Kasse nicht davon benachrichtigen, daß sie am 1. Oktober plötzlich ohne Aerzte sein würde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und das zetert über den Kontraktbruch der Arbeiter! Wenn ein Arbeiter so handelt, so wird er wegen Erpressung bestraft. Die Aerzte aber fanden noch die Unterstützung der Behörden. Die Kasse wurde gezwungen, die freie Arztwahl einzuführen und den Heilgehilfen Klemens zu entlassen, der 10 Jahre von ihr angestellt war. Es handelt sich in der ganzen Sache um ein parteipolitisches Manöver des Oberbürgermeisters. Was den Fall des Heilgehilfen Klemens anbetrifft, so gibt es ja allerdings fanatische und bornierte Aerzte, die der Kasse verbindern wollen, Heilgehilfen anzustellen; aber die sächsische Regierung sogar und das preußische Oberverwaltungsgericht haben sich bisher stets auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt. Es gibt keine verständige Kasse, die nicht neben den Aerzten auch Heilgehilfen anstellt. Meint vielleicht der Oberbürgermeister, daß die Hühneraugenoperationen oder die Verabreichung von Klystieren auch von Aerzten ausgeführt werden soll? Alle die Behauptungen, die über den Heilgehilfen Klemens verbreitet worden sind, haben sich als das Gegenteil der Wahrheit erwiesen. (Während dieser Ausführungen führt der neben der Rednertribüne stehende nationalliberale Abg. Dr. Beumer ein lautes Zwiegespräch mit einem Kollegen. Redner geht auf eine in diesem Gespräch gefallene Bemerkung ein. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Was in dem Hause gesprochen wird, geht Sie nichts an. Sie halten Ihre Rede und damit basta! (Heiterkeit.)

Abg. **Stadthagen** (fortfahrend): Wenn die Privatgespräche so laut geführt werden, daß ich sie hören kann, muß ich auch darauf eingehen. Die Kasse war mit vorzüglichen Einrichtungen versehen, sie gewährte den Kranken Badeutensilien, Luftkissen, Steckbecken u. s. w. Wenn das dann viel Unkosten macht, so behaupten alle freisinnigen Basen (Heiterk. b. d. Soz.), die Kasse werde schlecht verwaltet. Aus alledem ergibt sich, daß lediglich deshalb gegen die Kasse vorgegangen wurde, weil ihre Mitglieder meist Sozialdemokraten waren.

Der hier vorgetragene Fall ist wohl der krasseste, aber es liegt System in der ganzen Sache. Was für Ungehörigkeiten in Kassen vorfallen, in denen keine Sozialdemokraten sitzen, davon nur ein Beispiel. In Hamburg bezieht ein Kassenrendant ein Gehalt von 18000 M. (Hört, hört! b. d. Soz.). — Trotz größten inneren Widerstrebens muß ich auf die Aeußerungen der freisinnigen Volksparteiler Eickhoff und Dr. Mugdan eingehen. Widerlich genug ist mir diese Aufgabe. Wenn aber jemand über die Straße geht und sich dabei beschmutzt, so ist er nicht für den Schmutz verantwortlich. Gegenüber den Anwürfen, wie der Dr. Mugdan sie gegen politische Gegner beliebt, tut man gut, sich die Rhinozeroshaut anzuschaffen, die der Reichskanzler neulich seinen landwirtschaftlichen Freunden empfahl. — Der preußische Landwirtschaftsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Kinderrenten und die Renten unter 20 Prozg. gestrichen werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und die landwirtschaftlichen Großbetriebe haben doch schon genug Sünden gegen Leib, Leben und Gesundheit der Arbeiter auf dem Gewissen.

Im Jahre 1890 legte der jetzige deutsche Kaiser im Landes-Oekonomiekollegium dem Großgrundbesitz die Prüfung der Frage der Unfälle dringend ans Herz. Er sagte mit Recht, es sei eine gewisse Gleichgültigkeit der Besitzer gegen Leben und Gesundheit der ihnen unterstellten Arbeiter vorhanden. Das war im Jahre 1890. Seitdem aber hat sich die Zahl der Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben verdünnfacht; sie betrug im Jahre 1904: 66 000. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Kosten der Unfallversicherung stellen sich für die Berufsgenossenschaften auf nicht einen Pfennig pro Kopf und Tag. (Hört, hört! bei den Soz.) Und da stellen sich die Herren vom Großgrundbesitze im Dreiklassenparlament hin und sprechen von den unerschwinglichen Lasten und sagen, sie seien arm — und das trotz der Zölle, die ihnen der Reichstag in den Schoß geworfen hat. — Die ostpreußischen Junker wollen ja sogar chinesische Kulis als Schmutzkonkurrenten der heimischen Arbeiter in das Land ziehen. — Bei Gelegenheit der Besprechung der Borussia-Interpellation haben wir ja vernommen, wie die Regierung Leben und Gesundheit der arbeitenden Klasse zu schützen weiß. Große Betrüger und Verbrecher läßt sie laufen, und Mörder kann man ja, wie wir jetzt in Berlin sehen, nicht finden. (Heiterkeit.)

Auf der einen Seite wächst Ueberfluß und Uebermut ins Unermeßliche, während Druck und Elend auf der anderen Seite zunehmen. Wundert man sich da über die Summe von Haß und Erbitterung, die sich bei den Arbeitern aufhäuft? — Möge die Regierung die wenigen Reformen, die ich verlangt habe, noch in dieser Session ausführen, möge sie endlich nicht nur für die Reichen, für die Wohlhabenden, für die Rhinozerosse (Heiterkeit) sondern auch für die Armen, für die Elenden, für die Arbeiter sorgen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. **Beumer** (natl.) polemisiert gegen den Abg. Hue. — Ich habe seit meinem 7. Jahre schwer gearbeitet, Hitze und Kälte ertragen, und manchmal eine 16stündige Arbeitszeit gehabt. (Lachen bei den Soz.) Die Tatkraft der Unternehmer und der Ingenieure findet auch seitens der Vertreter der Regierung nicht die gebührende Würdigung. Die Angaben des Abg. Hue über die Arbeitszeit in den Walz- und Hüttenwerken sind unzutreffend. (Zurufe bei den Soz.: Veranstalten Sie doch eine Enquete!) Häufig können bei Reparaturen die Arbeiter sich ablösen, der Ingenieur aber muß durcharbeiten. (Beifall bei den Natl.) Wo Speiseräume auf den Werken sind, da werden sie von den Arbeitern wenig benutzt, welche lieber auf den Walzwerken selbst essen, was beweist, daß die Arbeitsräume außerordentlich sauber sind. (Beifall rechts. Lachen bei den Soz.) Der Maximalarbeitstag für Männer würde die Arbeiter nur am Hochkommen hindern. (Lachen bei den Soz.) Die Löhne bei Krupp sind im beständigen Steigen begriffen, aber der deutsche Metallarbeiterverband verbreitet gewerbsmäßig falsche Nachrichten speziell über die Kruppschen Werke. Die Sozialdemokraten wollen, daß die ungeschickten Arbeiter ebenso viel verdienen wie die geschickten. Haben doch die englischen Trade-Unions Strafen festgesetzt für zu scharfe Arbeiten. — Die sozialdemokratische Gleichmacherei führt zur Rückständigkeit. Wir stehen auf dem Standpunkt des alten Franklin, daß nur ein Schwindler behaupten kann, ein Mensch könne durch etwas anderes hochkommen als durch eigene Arbeit, eigenes Streben und eigenen Fleiß. (Beifall bei den Natl.)

Direktor im Reichsamt des Innern **Caspar** erklärt, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky stets die Tüchtigkeit der deutschen Unternehmer und Ingenieure anerkannt habe und anerkenne.

Abg. Dr. **Stöcker** (Wirtsch. Vgg.): Die Arbeiterversicherung ist keine Armenpflege sondern praktisches Christentum. Leider hat man versäumt, sie auf Korporationen, die von christlichem Geiste beseelt sind, aufzubauen, und hat dadurch die Herrschaft sozialdemokratischer Klüngel in den Krankenkassen herbeigeführt. Wir müssen zwischen Arbeitern und Sozialdemokraten unterscheiden. (Sehr richtig! rechts.) Vor dem 21. Januar sind von einem Waffenhändler 39 Revolver verkauft worden. (Schallende fröhliche Heiterkeit bei den Soz.) Glauben Sie denn, daß die Revolver gekauft sind, um Fliegen zu schießen? (Erneute stürmische Heiterkeit.) Ich weiß, daß Kinder gesagt haben: Heute geht es los! (Gelächter bei den Soz.) Die Sozialdemokraten haben die russische Revolution gemacht. Der Vorwärts hat die lettische Revolution als gerechte Strafe der Großgrundbesitzer und der Pastoren gepriesen. (Lebh. Zust. bei den Soz.) In den Ostseeprovinzen ist der gemeinste Spitzbuben-Kommunismus ins Werk gesetzt worden. (Stürm. Beifall rechts, Unruhe und Zwischenrufe bei den Soz.)

Das Verhalten der Sozialdemokratie darf uns aber nicht abhalten, die Sozialreform fortzuführen. — Redner tritt für Organisation der Heimarbeiter und für Lohnkollen und Mindestlöhne in der Hausindustrie ein. — Die verwüsteten Felder, die hingemordeten Menschen, die hingerichteten Arbeiter in Rußland sind der Sozialdemokratie aufs Konto zu setzen. (Beifall rechts, Unruhe bei den Soz.) Wer noch etwas Verstand und Gewissen hat, der muß die sozialdemokratischen Fahnen verlassen. (Zuruf bei den Soz.: Quatsch!) — Auch die christlichen Arbeiter verlangen Arbeitskammern, Koalitions- und besseres Vereinsrecht. Von den sogenannten freien Gewerkschaften wollen sie nichts wissen, denn diese sind nur ein Anhängsel der Sozialdemokratie. Wer das leugnet, der fordert eine ordinäre Lüge zutage. Den sozialdemokratischen Grundsätzen kann ein anständiger Mensch (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Scheiterhaufenbrief!), nur bitterste Feindschaft entgegenbringen. (Zuruf bei den Soz.: Christliche Nächstenliebe! Heiterkeit.) Redner zitiert Aussprüche der Abgg. Bömelburg und Legien. — Nennen Sie (zu den Soz.) das Arbeiterfürsorge, wenn Sie wie in Rußland die Arbeiter aufs Schafott hetzen? Ist das nicht eine nichtswürdige Verführung des armen törichten Mannes? Ihnen gegenüber gibt es nur Kampf bis aufs Messer! (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **v. Pfetten** (Zentr.) erklärt, daß die Sozialdemokraten ihre Reden nur aus dem Fenster hinaushalten und polemisiert gegen neuliche Ausführungen des Abg. Sachse.

Abg. **Peus** (Soz.): Die Rede des Abg. Stöcker erinnerte mich an Paulsens Ethik: Pfaffentum ist Herrschsucht und Heuchelei, in Worte christlicher Milde gekleidet. Wir alle bedauern die Opfer der russischen Revolution, aber man muß sagen: Leben ist nicht notwendig, aber Freiheit ist notwendig. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Kampf bis aufs Messer führt Herr Stöcker schon 30 Jahre gegen uns, wenn er weiter die Erfolge erzielt, wie bisher, können wir ganz zufrieden sein. (Sehr gut! bei den Soz.) — Wir haben oft genug betont, daß wir in Deutschland unsere Ziele friedlich erreichen werden, es sei denn, daß die Grundrechte des Volkes, das Wahlrecht und das Koalitionsrecht angetastet werden. Wenn Herr Stöcker hochmütig erklärt, kein anständiger Mensch könne Sozialdemokrat sein, so genügt zur Widerlegung dieses Wortes, wenn es überhaupt dieser Widerlegung bedarf, der bloße Hinweis auf die drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen. Partei und Gewerkschaften sind völlig unabhängig von einander; ihre Gemeinsamkeit besteht darin, daß sie auf verschiedenen Wegen dasselbe Ziele, nämlich der Befreiung der Arbeiterklasse, zustreben. — Die christlich-nationalen Arbeiter gelten den Unternehmern nur so lange als ungefährlich, als sie keine Forderungen stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In bezug auf die russische Revo-

Kleines Feuilleton.

Wer hat die Ketzer verbrannt? Das ultramontane Deutsche Volksblatt in Stuttgart schreibt unter dem Titel: „Hat die evangelische Kirche wirklich noch keine Ketzer verbrannt?“ den evangelischen Kirchenlichtern folgendes unangenehme Erinnerungsblatt: „Bei der Beratung des Toleranz-Antrags im Reichstag am 31. Januar dieses Jahres stellte Abgeordneter Dr. Stöcker die merkwürdige Behauptung auf, die „evangelische Kirche habe noch nie Ketzer verbrannt“. Noch in derselben Sitzung wurde hiergegen vom Zentrumsabgeordneten Osel Widerspruch erhoben. In der Tat scheint der sonst so intelligente und ohne Zweifel auch in der Geschichte bewanderte ehemalige Hofprediger damals von seinem Gedächtnis ein wenig im Stich gelassen worden zu sein. Er hat doch wohl schon etwas von einem gewissen Michael Servet gehört? Bekanntlich wurde derselbe, als er im Jahre 1553 nach Genf gekommen war, auf Betreiben des Reformators Calvin daselbst verhaftet, wegen Ketzerei und Gotteslästerung verurteilt und nach dem Gutachten sämtlicher protestantischer Theologen, auch Melanchthons, am 26. Oktober verbrannt. Ein ähnliches Schicksal traf 13 Jahre später den Valentin Gentilis, weil er Calvin in der Lehre von der allerheiligsten Dreifaltigkeit eines Irrtums bezichtigt hatte. Nach Janssen („Geschichte des deutschen Volkes“, Bd. 5, 443 f.) gehörte die Bestrafung der Ketzer im 16. Jahrhundert sowohl bei den Katholiken als bei den Protestanten noch immer zum öffentlichen Recht, und nicht etwa bloß katholische sondern auch viele protestantische Theologen empfahlen sogar die Hinrichtung der Ketzer, z. B. Silvanus, Beza, Melanchthon, Zwingli, Butzer. Tatsächlich wurde hiernach gerade in lutherischen Ländern wiederholt verfahren: so in der Kurpfalz, in Sachsen, Brandenburg u. s. f. Ein überaus strenges Ketzergericht ließ der lutherische Kurfürst August von Sachsen im Jahre 1575 zu Leipzig über vier seiner ehemaligen Günstlinge, die im Verdachte der Hinneigung zum Calvinismus standen, ergehen. Der Geheimrat Craco wurde vier Stunden auf die Folter gespannt und starb mit zerrissenen Gliedern auf elendem Stroh am 16. März 1575. Der Superintendent Stößel mußte bis zu seinem Tode (1576), der Hofprediger Schütz zwölf Jahre im Gefängnisse schmachten. Am längsten wurde der kurfürstliche Leibarzt Peucer gequält, weil er Luthers Lehre nicht annehmen wollte. Jahr auf Jahr saß er in einem dumpfen, schmutzigen Kerker, häufig krank, ohne irgend ein Buch, ohne tröstenden Zuspruch, gemartert von Sorge um die verlassenen Kinder, von Trauer um die vor Kummer und Gram 1576 gestorbene Frau. Noch ein weiteres Opfer des lutherischen Fanatismus folgte im Jahre 1601 den eben genannten nach, indem auch der kursächsische Kanzler Nikolaus Krell nach zehnjährigem harten Kerker, hauptsächlich wegen seiner calvinischen Glaubensüberzeugung, zu Dresden hingerichtet wurde (vergleiche Janssen 5, 137 ff.). Wenn somit die Kirche der Reformation für ihre „Ketzer“ in der Regel auch keine Scheiterhaufen anzuzünden beliebte, so zeugen doch die angeführten Ketzergerichte nicht gerade für eine großartige „Toleranz“ in dem Sinne, daß man einseitig nur über die katholische Kirche herfallen dürfte.“ —

Und die Wahrheit? Sie haben beide Ketzer verbrannt, die Gescheiteten und die Geschorenen —

es will uns schier bedünken,
daß sie alle beide stinken.

Eine russische Ordnungsbestie und ihr Opfer. Die Münchener Medizinische Wochenschrift veröffentlicht einen „Brief aus Moskau“, dessen Verfasser Dr. A. Dworetzky die schwierige, oft furchtbare Lage schildert, in die die Aerzte während der russischen Revolution geraten sind, wie viele von ihnen um ihrer politischen Ueberzeugung willen mißhandelt oder gar ermordet wurden, und wie selbst die politisch inoffensiven bei ihrem Bestreben, allen Leidenden zu Hilfe zu kommen, den Haß der Gewalthaber auf sich lenken. Ein entsetzlicher Fall dieser Art, der seinerzeit in der Frankf. Ztg. schon kurz erwähnt worden war, wird von Dr. A. Dworetzky wie folgt geschildert:

„Als der Aufstand in Moskau bereits seinem Ende entgegenging und nur noch der Stadtteil „Preßnia“, in den sich die aus den zentralen Stadtvierteln verdrängten Revolutionäre zurückgezogen hatten, von Militär umstellt und aus Kanonen beschossen wurde, spielte sich folgender tragische Vorfall ab: Im Stadtteile „Preßnia“ wohnte der als Psychiater und Anthropologe über Rußlands Grenzen hinaus wohlbekannte Privatdozent der Universität Moskau, Dr. Viktor Worobjew. Am 30. Dezember wurde er zu einem Verwundeten in ein Nachbarhaus geholt; auf der Straße herrschte ein lebhaftes Gewehrfeuer. Auf dem Heimweg bemerkte er zu seinem Erstaunen, daß die Schüsse gerade auf ihn gerichtet waren; er erhob beide Hände nach oben zum Zeichen dafür, daß er keine Waffen führe, trotzdem wurde auf ihn fortgesetzt gefeuert und nur dank einem glücklichen Zufall gelang es ihm, die Straße zu überschreiten und unversehrt seine Wohnung zu erreichen. Kaum hatte er sie betreten, als die Tür sich öffnete und im Vorzimmer ein Haufe Soldaten, geführt von dem Polizeimeister des Preßnia-Reviers, Jermolow, erschien. Dieser wandte sich an Dr. Worobjew mit der Frage:

„Hier befindet sich eine Station vom Roten Kreuz?“

„Nein,“ antwortete Worobjew.

„Sie sympathisieren mit den Revolutionären?“

„Ich hege für sie keine Sympathie, aber meine Pflicht als Arzt ist es, allen zu helfen, welche ärztlicher Hilfe bedürfen.“

„Sie besitzen eine Waffe?“

„Ich besitze einen Revolver, aber ich habe auch vom Stadthauptmann die Erlaubnis dazu.“

Worobjew wandte sich, um in das Nebenzimmer zu gehen und von dort die Waffe wie den Erlaubnisschein zu holen. Im selben Augenblick feuerte Jermolow auf ihn seinen Revolver ab. In den Hinterkopf getroffen, stürzte Worobjew zu Boden. Mit dem Schrei: „Wofür? wofür?“ warf sich seine Frau gegen Jermojow, aber dieser blickte sie wutentbrannt an, rief: „Mund halten!“ und erhob auch auf sie seinen Revolver. Ihre Tochter riß sie zur Seite. Einige Sekunden stand noch der Mörder über dem Sterbenden, drehte sich dann um und verließ das Zimmer. Nach etwa vierstündiger Agonie verschied Worobjew. Infolge des in den Straßen von Preßnia tobenden Kampfes vermochte die Witwe erst zwei Tage später dem Rektor der Universität von der Ermordung ihres Mannes Mitteilung zu machen. Der Rektor übermittelte die Nachricht nebst einigen Zeugenaussagen an den Staatsanwalt des Moskauer Oberlandesgerichts. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurde Polizeimeister Jermolow nach einigem Zaudern endlich verhaftet. Da aber seine Schwester Hofdame in Petersburg ist, wurde er nach kurzer Zeit aus der Haft entlassen, und seine Angelegenheit wurde nicht auf gerichtlichem Wege weiter verfolgt sondern dem Ermessen des Generalgouverneurs überwiesen.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060214-15/fragment/page=0005

lution habe ich noch zu bemerken, daß die Revolutionen stets durch die Schuld der Regierenden ausgebrochen sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Schon die bestialischste Roheit und Brutalität des russischen Offizierkorps genügt, um die Erbeutung der genußhandelten Volksklassen vor dem Richterstuhl der Moral und der Geschichte zu rechtfertigen. Der Abg. Stöcker hat keinen Grund, sich auf das Siegerland zu berufen, in diese seine Garde werden wir auch noch eindringen. Er sprach von 39 Revolvern, die in einem Waffenladen gekauft seien. Vielleicht waren es ängstliche Konservative, die sie zu ihrem Schutze kauften. (Heiterkeit.) Als Beispiel für einen Mann, der durch eigene Arbeit hochgekommen sei, nannte Dr. Beumer Franklin. Wer heute sagt, daß man durch eigene Arbeit reich werde, nicht durch fremde, der ist ein Lügner. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bedauerlich ist, daß der Gedanke des Genossenschaftsweens, wie er insbesondere in den Konsumvereinen zum Ausdruck kommt, so wenig Verständnis findet. Die Scheidung der Konsumvereine auf dem Kreuznacher Verbandstage in zwei Verbände war erforderlich, nicht weil der eine Verband Politik trieb, sondern weil ein Gegensatz bestand, in den Kreditvereinen der Unternehmer auf der einen Seite und den Konsumvereinen der Arbeiter auf der anderen Seite. Statt den Klassenhaß zu schüren, sollten die herrschenden Klassen mitarbeiten, sie würden sich dadurch den Dank der Arbeiterschaft erwerben. Wenn wir die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse durchsetzt haben, so würde die Sozialdemokratie als Partei vielleicht verschwinden können, Demokratie und Sozialismus aber würden noch immer die herrschenden Prinzipien bleiben. (Beifall bei den Soz.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß gegen 6 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, 13. Februar

Achtung, Parteigenossen in Halle!

Die Genossen, welche mit einem **Strafmandat** anläßlich der Flugblatt-Verbreitung bedacht worden sind, **müssen sofort und zwar bis spätestens Mittwoch abend** entweder im Partei-Sekretariat oder im Arbeiter-Sekretariat Harz 42/43 ihre Unterschrift leisten.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Knapp dreißig Stadtverordnete waren gestern bei Beginn der Sitzung anwesend; die anderen wohnten dem Begräbnis des Kommerzienrats Dehne bei und erschienen erst später. Eine Erinnerung an den Verstorbenen gab dann im weiteren Verlaufe der Sitzung Anlaß zu einer Lärmszene, wie sie im Stadtverordnetensaale noch nicht erlebt worden ist. Ruhig wickelten sich anfangs die Geschäfte ab. D. Mitteilung, daß Magistratsassessor Kurth in Kiel als beioldeter Stadtrat für Halle von der Regierung bestätigt worden ist, folgte die Bekanntgabe der Eingänge und ihre Verweisung an die Kommissionen. Ueber die doppelte Verbarrikadierung des Wegs hinter Dreßlers Berg haben nun auch die Geschäftsleute vom Steinweg lebhafte Beschwerde erhoben. Ohne jede Debatte wurden mehrere Punkte der Tagesordnung erledigt; auch der Haushalt über das Grundeigentum wurde nach kurzer Anfrage über die Neuverpachtung des Landgutes Gimritz glatt genehmigt. Bei dem Kapitel Berechtigungen entspannen sich zwar wegen Verpachtung des Marktstandgeldes und der Schaukastengebühr lebendigere Auseinandersetzungen, doch gingen auch sie bald vorüber. Eine Enttäuschung wurde vielen der wiederum sehr zahlreich erschienenen Tribünenbesucher dadurch bereitet, daß die Beratung des Haushalts der Polizei-Verwaltung auf die nächste Sitzung verschoben wurde. Und wieder wurden mehrere Punkte glatt erledigt, bis bei den Ausgaben für „gemeinnützige Zwecke“ Genosse Osterburg gegen die Bewilligung von sozialen Quacksalbereien und Spielereien, wie sie von den verschiedensten Vereinen betrieben wurden, seine Stimme erhob. Nicht Wohltaten, so führte Osterburg aus, verlangen die Arbeiter, sondern ihr Recht, angemessene Löhne, kürzere Arbeitszeit, sanitären Schutz. Viele der Herren, die Mitglieder solcher „sozial“ wirkenden Vereine sind und sich als Wohltäter der Arbeiter und der Armen aufspielen, sind als Unternehmer in ihren Fabriken die ärgsten Ausbeuter. Gereizt durch den Widerspruch, den die Anführung dieser allbekannten Tatsache fand, erinnerte Osterburg an einen verstorbenen Industriellen, der große Denkmäler verschenkt, dafür aber seinen Arbeitern jahrelang zehn Prozent vom Lohne abgezogen hat. Wie von einer Tarantel gestochen fuhren bei diesen Worten viele Stadtverordnete, namentlich Erstklassige, auf. Zornige Rufe: „Pfui, pfui!“ „Raus, alle raus!“ „Quatsch, Quatsch!“ „Sollen wir solchen Quatsch noch länger anhören?“ wurden laut. Zugleich stürzten an die dreißig Stadtverordnete hinaus. Unten im Ratsteller-Restaurant haben mehrere von ihnen ihre Entrüstung mit einigen Tröpfchen aus dem großen Henkeltöpfchen hinuntergespült. Sie fanden sich nach und nach wieder ein. Was hatte sie so erregt? Will einer von ihnen leugnen, daß das, was Osterburg ohne Namensnennung angedeutet hat, buchstäbliche Wahrheit ist? Genosse Thiele machte die Herren darauf aufmerksam, daß man auf diese Weise nicht imstande ist, unbequeme Tatsachen zu widerlegen. Wohl aber werde bei Wiederholung solcher Szenen die Sitzung durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit zum Auffliegen gebracht werden. Nach Erledigung des Kapitels widmete der Vorsteher Prof. Dittenberger dem verstorbenen Herrn Dehne einen Nachruf. Er habe das für den Schluß der Sitzung beabsichtigt, tue es aber, veranlaßt durch einen „höchst bedauerlichen Vorgang“ schon jetzt. Alle Stadtverordneten außer den Sozialdemokraten erhoben sich zum Andenken des Verstorbenen von den Sitzen.

Der Sozialdemokrat schont, soweit es möglich ist, die Gefühle der Andersdenkenden, nicht nur aus taktischer Klugheit sondern auch aus Reipektierung anderer Auffassungen. Wenn aber das Kapital als Wohltäter der Armen sich gebärdet, wenn von uns verlangt wird, wir sollen als hohe Moral gelten lassen, was nach unserer innersten Ueberzeugung das genaue Gegenteil davon ist, dann wird nicht bloß der Mund gespitzt, dann wird gepfiffen; dann wird das Kind beim rechten Namen genannt. Das hat gestern Osterburg getan, nichts weiter. Fühlen sich andere dadurch getroffen und verletzt, so ist das nicht zu ändern und kann uns nicht abhalten zu sagen, was ist. Viel häufiger hätten wir Sozialdemokraten Ursache, uns verletzt zu fühlen. Jeder Kindskopf glaubt berechtigt zu sein, uns die niederträchtigsten Beweggründe für unser Handeln zu unterschieben.

Der Rest der bis in die neunte Stunde dauernden Sitzung verlief ohne weiteren Zwischenfall. Hoffentlich haben sich die Entrüsteten gestern keine Kongestionen zugezogen. Das schadet der Verdauung.

Die Bestätigung ist da.

Vor einigen Tagen lief noch durch die bürgerliche Lokalpresse die ängstliche Mitteilung, der neugewählte Bürgermeister von Halle, Stadtrat Rive von Breslau, hätte die „allerhöchste Bestätigung“ zum Oberhaupt von Halle noch nicht erhalten, und man mochte vielleicht die Befürchtung hegen, daß es ihm so gehen könnte wie seinem Schwiegervater Kirschner in Berlin, der auch als Bürgermeister längere Zeit auf seine Bestätigung warten mußte. Aber die Sache ist wenig schmerzlich abgegangen, denn gestern wurde die Bestätigung des Stadtrats Rive in Breslau als Bürgermeister von Halle auf die Dauer von 12 Jahren bereits amtlich publiziert. Gott sei dank, der Mann ist nicht als unrichtig nach oben bekannt. Jetzt kann der gute Bürger in Halle wieder ruhig schlafen.

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes

sind heute 520 M. abgesandt worden. Weitere Gelder werden jederzeit zur Weiterbeförderung im Partei-Sekretariate entgegen genommen.

Nicht beschlagnahmt — nur abgenommen

worden sind am 14. Januar unseren Genossen die Flugblätter zum Protest gegen das Landtags-Wahlrecht. Also dokumentiert Herr v. Holly die Konfiskation der Flugblätter bei der großen Hatz am 14. Januar. Genosse Kochanski, Vorsitzender der Agitationskommission, hatte als Herausgeber des Flugblattes am 2. Februar an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, man möge die am 14. Januar beschlagnahmten Blätter dem Parteisekretariat zustellen. Das ist nun bislang nicht geschehen. Dafür hat aber Herr v. Holly unserem Genossen Kochanski folgende Mitteilung zugehen lassen:

Auf das Schreiben vom 2. d. Mts. wird Ihnen erwidert, daß am 14. Januar Flugblätter **nicht beschlagnahmt sondern nur in Verwahrung genommen** sind, um die Fortsetzung der strafbaren Handlung zu verhindern. Es ist dies den Flugblattverteilern ausdrücklich mitgeteilt und denselben gleichzeitig eröffnet worden, daß sie sich die ihnen abgenommenen Flugblätter am 15. Januar cr. wieder abholen könnten. Diese Abholung kann auch jetzt noch erfolgen.

Der Oberbürgermeister.
J. V.: v. Holly.

Gewöhnliche Sterbliche mögen sich bisher in dem großen Irrtum befunden haben, daß eine Konfiskation von Druckschriften durch die Polizei eine Beschlagnahme sei. Das ist aber nicht der Fall. Wenn von der Polizei Schriften mit Beschlag belegt werden, damit sie nicht verbreitet werden können, dann ist das keine Beschlagnahme sondern eine — Inverwahrungnahme. Vor so hoher Weisheit im deutschen Sprachgebrauch strecken wir willig die Waffen. Wie kann man sich auch nur in solch unverzeihlichem Irrtum befinden, zu glauben, daß wenn die Polizei einen Gegenstand mit Beschlag belegt, dieses eine Beschlagnahme ist!

Der Provinzial-Landtag in Merseburg

hielt am Montag seine letzte Sitzung ab. Das Bemerkenswerteste der ganzen Tagung war auch am Montag wieder die Landes-Feuersozietäten-Angelegenheit. Die Sache kam nicht zum Abschluß, da die Kommission einen längeren Antrag vorlegte, in welchem namentlich die rechtlichen Bedenken der Verschmelzung oder Neukonstituierung erörtert wurden. Laut dem Antrage ist der Provinzial-Landtag bereit, in eine Vereinigung der beiden Land-Feuersozietäten unter Angliederung der neuen Anstalt an die Provinz zu willigen, wenn ihm das Recht verbleibt bezw. zugestanden wird:

1. den Generaldirektor zu wählen unter Einräumung eines Vorschlagsrechtes an eine nach Anleitung der §§ 10–12 vorgelegten Satzung zu bildende Deputation;
2. die Mitglieder des Direktorialrates aus den Mitgliedern dieser Deputation zu wählen;
3. die von den beiden Sozietäten vorzuschlagende Satzung für die neue Anstalt zu erlassen und Aenderungen derselben von seiner Zustimmung abhängig zu machen;
4. den von den Organen der Anstalt festzustellenden Haushaltsplan zu genehmigen;
5. die Rechnung der Anstalt abzunehmen und hinsichtlich derselben Entlastung zu erteilen.
6. Mit der Erledigung der nicht dem Generaldirektor vorbehaltenen Verwaltungsangelegenheiten würde der Direktorialrat zu betrauen sein, wobei derselbe indessen hinsichtlich besonders wichtiger Punkte, wie solche im § 13 der vorgelegten Satzung gekennzeichnet sind, an die Zustimmung der Deputation zu binden wäre. Die Auflösung der Anstalt und die Bestimmung über die Verwendung des alsdann vorhandenen Vermögens würde außerdem von der Zustimmung des Provinzial-Landtages abhängig zu machen sein.

Der Antrag der Kommission wurde schließlich angenommen und zum weiteren Verfolg der Angelegenheit 5 Mitglieder des Provinzial-Landtages bestimmt.

Es steht also lange noch nicht fest, ob Halle bei einer Verschmelzung der Landes-Feuersozietäten wirklich zum Sitz der Verwaltung bestimmt wird. Magdeburg dürfte in ernsthafte Konkurrenz treten.

Nachdem die ausscheidenden Mitglieder des Provinzial-Ausschusses einstimmig wiedergewählt waren, schloß Oberpräsident Bötticher mit dem üblichen Kaiserhoch die Tagung.

Schweinenot, Damenkneipen und der Spielteufel

waren die Ursachen, die es mit sich brachten, daß der 32-jährige Fleischermeister Paul Spengler von hier am Sonnabend wegen Konkursvergehens die Anklagebank betreten mußte. Wir haben darüber bereits in voriger Nummer kurz berichtet. Das Spenglersche Geschäft war zur Zeit in Halle der größte Fleischereibetrieb gewesen und am 28. März v. J. in Konkurs geraten. Der Angeklagte wird beschuldigt, vom Jahre 1901 bis 1905 seine Bücher unordentlich geführt und unterlassen zu haben, die Bilanzen in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen, so daß eine Uebersicht über den Vermögensbestand nicht möglich gewesen ist. Spengler gibt zu, im Januar 1901 das Geschäft seines Vaters, das gut florierte, übernommen zu haben. Durch die Lieferungen an viele städtische und königliche Institute kam es, daß der Umsatz ein ganz enormer war. So wurden in den Jahren 1901 für rund 537 000 Mk., 1902 593 000 Mk., 1903 544 000 Mk. und 1904 für 402 000 Mark Waren umgesetzt. Durch das horrende Steigen der Schweinepreise, so sagt der Angeklagte, habe er die Lieferungen an große Institute aufgeben müssen. Dadurch sei eine bedeutende Unter-Bilanz entstanden. Ein Fleischermeister Raimann habe ihm einen Kredit von 31 000 Mk. gewährt und sein Vater habe ihm einen Zuschuß von 18 600 Mk. geleistet. Das Geschäft sei wohl großkaufmännisch eingerichtet gewesen; Angeklagter habe aber kaufmännische Vorbildung nicht gehabt. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, daß er seinen kaufmännischen Angestellten oder Helfern ungenügende Unterlagen zu Berechnungen gegeben und ferner in Kneipen mit Damenbedienung verkehrt und gespielt habe. Seine Frau, die das Kassen-Geschäft im Laden machte, soll der Angeklagte schlecht behandelt haben. Spengler bestreitet aber, liederlich oder leichtsinnig gelebt zu haben. Der Viehreinlauf auf dem Lande 2c. bringe es mit sich, daß er viel außerhalb des Hauses zu tun habe.

Nach den Bekundungen der Sachverständigen haben die Gläubiger 90 000 Mark zu verlangen; sie werden aber, wenn die Anfechtungsprozesse mit Erfolg durchgeführt werden, vielleicht 10, unter Umständen auch 20 Prozent bekommen. Zur Sprache gebracht wird, daß der Angeklagte jährlich für private Zwecke 5500 Mark ausgegeben hat. Seine Frau soll, so erzählt man, nichts mit in die Ehe gebracht, aber 12 000 Mark Forderungen angemeldet haben. Der Staatsanwalt sagt u. a., die Verhandlung erbringe dafür einen Beweis, daß heute große Geschäfte zugrunde gehen und beantragte dann wegen einfachen Bankerotts 1500 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte demgemäß.

Der Verein „Schiefe Fresse“,

dem bekanntlich, wie wir jüngst berichteten, die „besten Kreise“, meistens Akademiker, angehören, beschäftigte jüngst mit seinen Tagungen die Strafkammer. Der Wirt, der den Verein beherbergt, ein Herr Müller, hatte wegen sogenannten Uebertritts ein Strafmandat über neun Mark erhalten, weil er in seinem Lokal Gäste über die gebotene Zeit geduldet haben sollte. Vor dem Schöffengericht, daß sich zuerst mit der Sache befaßte, führte der Angeklagte den Vorsteher des Vereins, einen Schriftsteller, ins Feld, um darzutun, daß in fraglicher Nacht nicht gewöhnliche Gäste sondern Mitglieder des Vereins „Schiefe Fresse“ bei ihm gekneipt hätten. Das Schöffengericht kam zur Freisprechung, da es annahm, daß nur Vereins-Mitglieder getagt hätten. Auf eingelegte Berufung kam aber die Strafkammer zur Verurteilung des Wirtes zu einer Geldstrafe von 20 Mark, da angenommen wurde, daß jener Verein nur den Zweck verfolgt habe, das Gesetz zu umgehen. Es wurde dargelegt, daß der Trink- und Spiel-Verein immer tage, wenn Mitglieder zugegen sind. Bemerkt sei, daß der Verein auch polizeilich angemeldet ist.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Erhebung von Marktstandsgeld. Das der hiesigen Stadtgemeinde zustehende Recht zur Erhebung von Marktstandsgeld auf den hiesigen Wochen-, Kram- und Viehmärkten soll im Wege des öffentlichen Ausgebotes auf die 3 Jahre vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1909 anderweit verpachtet werden. Es ist hierzu Termin auf Freitag, den 16. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, im Kommissionszimmer des Ratskellergebäudes, Markt 2, II., anberaumt. Die Verpachtungsbedingungen werden im Termin bekannt gemacht, können aber auch schon vorher während der Dienststunden im Bureau für Grundeigentum, Rathausstraße 1, Zimmer 73, eingesehen werden.

---

* **Der Kursus bei Streicher** (Geschichtlicher Lehrgang) findet morgen, Mittwoch, abend statt.

* **Frühverkehr auf der Stadtbahn.** Vom 12. Februar ab verkehren die beiden Sonderwagen frühmorgens 5.15 und 5.21 Uhr ab Bahnhof Trotha nicht mehr nach dem Hauptbahnhofe sondern durch die Merseburgerstraße bis zur Huttenstraße (Hafenbahn).

* **Unter Mitnahme von 1000 Mk.** ist in einem hiesigen größeren Geschäft gestern ein Angestellter verschwunden. Man weiß über den Flüchtigen noch nichts Näheres.

* **Der Herr Leutnant.** Gestern abend stand ein Kutscher vor einem Schaukasten. Während der Mann sein Augenmerk auf die Wiksarten gerichtet hatte, trat ein Leutnant an ihn heran mit der etwas eigenartigen Frage: Sind Sie Bursche? Der Frager bekam aber keine Antwort. Darauf fragte der Mann zum zweiten Male: Sind Sie Bursche? Und jetzt kam die Antwort: Nein! Worauf der Leutnant seiner Wege ging.

* **Infolge Kurzschluß** geriet gestern mittag auf der Strecke Bahnhof-Böllbergerweg in der Lindenstraße ein Wagen der Stadtbahn in Brand. Die Flamme schlug durch den Boden des Wagens, wodurch die Fahrgäste in nicht geringe Aufregung versetzt wurden. Der Brand konnte jedoch sofort gelöscht werden, so daß keine Verkehrsstörung eintrat.

* **Der jämmerliche Zustand der Turmstraße** bei nassem Wetter hat den Arbeitern und Bureaugestellten der Maschinenfabriken von Dicker u. Werneburg, Wolf u. Meinel und Karl Breitkopf begründeten Anlaß gegeben, eine Petition an Magistrat und Stadtverordnete zu richten, in der um schleunige Besserung der Wegeverhältnisse ersucht wird. Unter der morastartigen Beschaffenheit der dortigen Straßen leiden nicht nur die Männer jenseits mehr noch deren Frauen und Kinder, wenn sie das Essen nach den Fabriken bringen. Viel nötiger als der Bau neuer oder die Reparatur alter Küchen wäre die Instandsetzung der Straßen.

* **Neue Briefkasten-Leerung am späten Abend.** Vom 15. Februar ab werden die Stadt-Briefkasten in Halle, deren letzte Leerung werktags bisher von 9 Uhr nachts bis kurz vor 10 Uhr nachts erfolgte, etwa 1½ Stunde später an den Werktagen regelmäßig noch einmal geleert werden. Durch diese Einrichtung wird eine wesentliche Beschleunigung in der Beförderung der abends bis zur neuen letzten Leerung durch die Briefkasten aufgeliefertem Postsendungen erzielt werden, weil diese noch den Anschluß an die in der Nacht aus Halle abgehenden Postzüge nach Berlin, Magdeburg, Eisenach, Leipzig, Halberstadt, Kassel und Heft'ldt erreichen, während sie gegenwärtig bis zum anderen Morgen in den Briefkästen verbleiben.

* **Warnung vor Schwindel.** Eine Berliner Firma vertreibt jetzt hier die Probenummern von einem Unterhaltungsblatte, in welchem ein Zitat aus Hermann und Dorothea orthographisch ganz entstellt ist. Die Leser werden ersucht, die Fehler zu berichtigen und die Berichtigung einzusenden. Schon wer fünf Fehler (es sind deren 15) entdeckt soll dafür einen echten Diamantring im Werte von 100 Mark erhalten, vorausgesetzt, daß er „nur“ fünf Mark nachzahlt. Es wird auch ein Garantieschein geschickt, daß man es mit einem wirklichen Diamanten zu tun hat. Wer mit der Einsendung zögert, bekommt mehrere Karten, auf denen er dringend ersucht wird, die günstige Erwerbsgelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, da der Diamant nur jetzt besonderer Umstände halber erworben werden kann. Kriecht man auf den Leim, so erhält man nach wenigen Tagen in einer Einschreibesendung einen Blechring mit amerikanischem Golde doubliert, welcher einen Diamantsplitter faßt. Für die Echtheit des Goldes ist ja keine Garantie geleistet. Nach Schätzung eines Sachverständigen hat der Ring einen Wert von 1.50 bis 2.00 Mark.

* **Maikäferplage.** In diesem Frühjahr droht unseren Feldern in ganz besonders hohem Maße der Maikäfer. Bekanntlich fällt in den kommenden Frühling wieder ein „Flugjahr“ der Maikäfer. Daß dieselben in großen Scharen auftreten dürfen, kann man mit Bestimmtheit voraussagen, da man überall von einem starken Auftreten der Engerlinge hört.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle-Süd 44 Personen, darunter 8 Ortsfremde, und zwar an: Lues 1, Lungenentzündung 4, Schrumpfniere 1, Lungenschwindsucht 2, Schlaganfall 3, Gelenktuberkulose 1, Verstopfung der Lungenschlagader 1, Lebensschwäche 5, Scharlach 3, Krebs 2, Herzschlag 2, Bauchdeckenpflegmone 1, Darmkatarrh 1, Oberarmpflegmone 1, Knochenmarksvereiterung 1, Selbstmord 1, Mittelohrentzündung 1, Altersschwäche 1, Multiple Nabjasse 1, Hüftgelenkstuberkulose 1, Magenkrebs 1, Diphtherie 1, Leberkrebs 1, Magengeschwür 1, Bauchfellentzündung 1, Adverkalkung 1, Herzlähmung 1, Zuckerkrankheit 1. Dazu Totgeburten 1.

In derselben Zeit verstarben in Halle-Nord 20 Personen, darunter ein Ortsfremder, und zwar an: Altersschwäche 1, Nierenentzündung 1, Arterienverkalkung 2, Halsdrüsenkrebs 1, Magen-Darmkrebs 1, Muskelerkrankung des Herzens 1, Krämpfen 1, Darmkatarrh 1, Lungenentzündung 3, Bronchialkatarrh 1, Lungentuberkulose 3, Scharlach 2, Herzschlag 1, Coma diabeticum 1. Dazu Todgeburten 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060214-15/fragment/page=0006

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Zahlreiche Personalerkrankungen machen eine durchgreifende Aenderung des Spielplans dieser Woche nötig. Mozarts Zauberflöte konnte durch Heranziehung mehrerer Gäste noch gehalten werden; verschoben ist Bettelstudent; am Donnerstag gelangt dafür Nötzlers Trompeter von Säckingen, am Freitag noch einmal König Richard III. zur Aufführung. Da zur letzten Aufführung dieses Shakespeare-Dramas der Bedarf an Schülerkarten bei weitem nicht gedeckt werden konnte, so werden auch für Freitag Schülerkarten je 1 M. an der Tages- und Abendkasse zur Ausgabe gelangen. Die Premiere von Philippis Schauspiel Der Helfer ist für nächsten Montag verlegt.

* **Welt-Panorama,** Große Ulrichstr. 6, 1. Etage. **Holstein** wird in dieser Woche gezeigt, und zwar zunächst Plön mit Bahnhof, Schloß, Kirche, der Wasserallee usw. Ferner Bahnhof Gremsmühlen am Diek-See sowie einige hübsche Partien am Diek-See. Hierauf unternehmen wir eine Dampferfahrt auf dem Kellersee, sehen Hotel Holstein, Klentzhorn, Bruhnskoppel, Fissau und Stelbed mit Landungsbrücke, das Gasthaus zum Ulkei mit der 600 jährigen Eiche, sowie die Angelbrücke, das Forsthaus und das Hünengrab am Ulkei-See. In Eutin sehen wir das Voß-Haus mit Innenansicht, das Gymnasium, das Voß-Denkmal, sowie einige hübsche Ansichten des Schlosses Eutin und etliche Partien im Parke desselben. Nächste Woche: Die Insel Rügen.

Nietleben, 12. Februar. **Neuer Bohrturm.** Von der internationalen Tiefbohrgesellschaft soll ein zweiter Bohrturm in der Nähe des Kilometersteines 8,400 an der Chaussee nach Eisleben errichtet werden.

Löbejün, 11. Februar. (Eig. Ber.) **Nachklänge vom roten Sonntag.** Sanftmütig und nachsichtig, zum Teil auch aus Mitleid wollten wir die bürgerliche Angstmeierei am 21. Januar still vorübergehen lassen. Da man aber nachträglich zwei unserer Genossen mit Strafmandaten beglückt hat, und in Geldsachen bekanntlich die Gemütlichkeit aufhört, sehen wir uns veranlaßt, die Vorgänge am 14. und 21. Januar näher zu beleuchten. Schon in aller Herrgottsfrühe des 14. Januar waren Gendarmen, Feldhüter und Schuldiener vor dem Halleschen Tor auf dem Posten, um die Flugblätter, die von Halle hierher kamen, abzufangen. Da uns zufälligerweise so etwas zugeflüstert worden war, so standen die Hüter des Gesetzes eine sehr lange Zeit mit leeren Händen da. Die Flugblätter waren teils schon in den Händen der Leser, teils in sicherem Gewahrsam. Als die Gesetzeswächter endlich einsahen, daß auf ihrem Posten nichts zu tun war, begaben sie sich auf die Verfolgung der Verteiler. Hierbei erwischten sie dann zirka 40 Stück. Zweien unserer Genossen wurden Straf-Mandate über je drei Mark zugestellt. Das Komische hierbei ist, daß diese beiden zur selben Zeit in zwei ganz entgegengesetzten Stadtteilen verbreiteten und der Gendarm beide wegen öffentlich bemerkbarer Arbeit anzeigte. Hat der Gendarm nun eine so erstaunliche Sehkraft, daß er durch Häuser, ja ganze Stadtteile, hindurch sehen kann? Das nächstemal werden sich wohl unsere Verbreiter mit einer unsichtbar machenden Tarnkappe versehen müssen, wenn sie ihre „öffentlich bemerkbare" Arbeit verrichten. Am 21. Januar war, jedenfalls auf höheren Befehl, die Gendarmerie durch Feldhüter, Schuldiener, Gemeindearbeiter verstärkt worden. Teilweise waren dieselben auch bewaffnet. Eine etwaige Revolution wäre also im Keime erstickt worden. Selbst die Feuerwehr war in voller Bereitschaft und die Spritzen seit mehreren Tagen mit Wasser versehen. Die Mannschaften waren instruiert und an verschiedenen Plätzen aufgestellt. Wahrscheinlich wollte man dem ersten Aufgebot gleich mit dem Wasser zur Hilfe kommen, um die rote Bande zu ersäufen. Es gab aber, sei es aus Wasserscheu oder Feigheit der Roten, keine Arbeit für die Feuerwehr, dagegen löschten die Feuerwehrleute den Brand ihrer Kehle durch — Freibier von verschiedenen Spendern. — Hatte die Behörde nun Ursache zu solchen „Vorsichts"-Maßregeln? Für unsern Ort nicht, denn hier ist leider die politische und gewerkschaftliche Organisation nicht besonders vertreten. Die Arbeiter haben ihre Lage noch nicht begriffen. Freilich im Kriegervein und sonstigen Klimbim-Vereinen sind sie zu finden. Für erstere Sachen sind sie schwer zu bekommen. Die Kosten, die durch die geschilderten Maßnahmen entstanden sind, werden jedenfalls aus öffentlichen Mitteln beglichen. Jedenfalls ist es auch für die Steuerzahler eine hohe Ehre, für ihr schönes Geld noch tot- beym. nahgespritzt zu werden. Man hätte doch auch noch die Stöhrengilde alarmieren sollen. Vielleicht hätten sie ihren Wahlspruch: „Lieb' Herz und Hand für's Vaterland!" einmal verwirklichen können. — In einem anderen Artikel werden wir die Vorkommnisse anläßlich der letzten Stadtverordneten-Wahlen in einem der hiesigen Kriegervereine, schildern.

Aus den Nachbarkreisen.

Weißenfels, 13. Febr. **Kirchenbau.** Obwohl man selbst noch in Pastorenkreisen vor ca. 4 Jahren die Notwendigkeit des Baues einer Kirche bestritt, so hat man doch in gewissen Kreisen die Förderung dieses Planes mit einer Zähigkeit betrieben, welche einer besseren Sache würdig wäre, und unser Superintendent hat auch in unseren Stadträtern treue Verbündete gefunden, welche, groß in der Prüfung kleiner Forderungen, mit vollen Händen in den Stadtsäckel für Großmutter Kirche gegriffen haben und außer den kleineren Geschenken den Bewilligungen der großen Glocke, Kirchdachreparaturen pp. für die alte Stadtkirche auch noch im Haushalte für 1904 und 1905 je 5000 M., mithin 10000 M. zur Gründung eines Kirchplatzbaufonds eingesetzt und bewilligt haben. Ob wohl dieselben Stadtväter in eigener Person den Mangel einer weiteren Kirche empfunden haben? Eine Statistik über die Frequenz der Kirche der einzelnen Stadtverordneten sowie der Mitglieder des Magistrats dürfte sehr interessant sein.

Unser strebsamer Superintendent, welcher auch die patriotischen Momente zu erfassen versteht, hat es nun fertig gebracht, die Grundsteinlegung der noch namenlosen Kirche so zu betreiben, daß dieselbe den 27. Februar, als am Tage der Silberhochzeit des Kaiserpaares erfolgen soll, und man weiß sich noch viel darob, daß dieses Ereignis an diesem Tage einzig dastehen möge. Ueber den Kostenpunkt setzt man sich vorläufig hinweg, daß könnte auf den feierlichen Teil einen Schatten werfen, und hat man erst den kleinen Finger, dann bekommt man schon die ganze Hand.

Ist der Grundstein erst gelegt, dann muß schon Rat geschafft werden. Obwohl der Klingelbeutel schon mächtig geschwungen und durch Veranstaltungen aller Art dem Säckel Mittel zuzuführen versucht worden ist, so ist der Einnahmeposten des Vorjahres in Anbetracht der scheinbaren allgemeinen Beteiligung unserer besitzenden Klassen nicht so riesig groß, als man annehmen dürfte, lumpige **5680 M.** Man sieht, das mitteilende Christentum geht meist nur bis an den Geldsack. Damit findet sich auch unser Herr Oberpfarrer ab. Er wendet sich auch nicht an die Adressen derer, die da haben. Er entpuppt sich vielmehr als Finanzgenie und greift in die Kasse der Allgemeinheit. Er berechnet: Die Stadtgemeinde mit ihren 30708 Seelen deckt sich so ziemlich mit der Kirchengemeinde mit ihren 29233 Seelen. So liegen die kirchlichen und städtischen Lasten im großen und ganzen auf denselben Schultern, und darum wendet man sich an die städtischen Körperschaften um Gewährung — eines Jubiläumsgeschenkes, welches zu patriotischen und gemeinnützigen Zwecken den Sparkassenüberschüssen entnommen werden könnte, es wird geboten, das Geschenk gleich möglichst hoch zu bemessen, um die Bürgerschaft vor hohen Kirchensteuern zu bewahren. Wie genial! Wenn wir das Kapital gleich geben, schenkt man uns die Zinsen dafür. Es ist weiter der Wunsch ausgesprochen, die Jubiläumsspende (wie patriotisch) wenigstens in der Höhe der Turmbaukosten, und das sind mehr als 30000 M., zu bemessen und zur Grundsteinlegung zu bewilligen.

Der Herr Bürgermeister Bischoff, welcher als Dezernent des Armenwesens sich aufs Rechnen versteht und es seit Jahren fertig gebracht hat, diesen Titel immer niedriger im Etat einzusetzen, wendet sich gegen die Beitragspflicht der Stadt, kann auch nicht versprechen, welches Schicksal die Eingabe bei den städtischen Behörden finden werde, mag aber den Herren im Kirchbauverein mehr Hoffnung gemacht haben als mancher armen Witwe, welche sich in ihrer Not an das Armenamt gewendet hat. — Einen Rechtsanspruch auf prozessualem Wege will man ja auch gar nicht haben sondern auf ganz friedlichem Wege soll die Bürgerschaft ge — —, pardon — soll der Vorteil der Kirche mit dem der Stadt vereinigt werden. Soviel aus dem Berichte.

Nun aber zu Euch, **Ihr Mitbürger und Steuerzahler** in Weißenfels. Wie viele oder wie wenige von Euch haben mit der evangelischen oder jeder anderen Landeskirche noch etwas gemein? Wieviel von Euch brüsten sich gelegentlich damit, seit der Entlassung aus der Schule die Kirche nie wieder betreten zu haben. 30 **Prozent** der Kinder aus der Kirchengemeinde sind im Vorjahre **gar nicht getauft,** manch anderer tauft nur — der Leute wegen und die meisten, um sich auch einmal einen guten Tag zu machen. Also innerlich gehört die übergroße Mehrzahl der Kirche nicht mehr an sondern nur noch dem Namen nach.

Aber Ihr zählt und mit Euch rechnet man. Man verteilt auf Euch die Lasten und — die, welche so oft heuchlerisch gestern, daß die Arbeiter ihre Groschen für ihre Berufsvereine 2c. opfern, sie machen auch Anspruch auf die Steuergroschen der Andersgläubigen und der Dissidenten. Sie scheuen sich dessen nicht, ca. 1500 Seelen mit heranzuziehen zu den Kosten zu ihren Zwecken, auch gegen deren ausgesprochenen Willen.

Und Ihr, Ihr Arbeiterbrüder, die Ihr durch Not und Kummer gedrückt, durch die enormen Lebensmittel- und Wohnungsmietepreise am Hungertuche nagen müßt, die Ihr oft Eurere Kinder hungrig zur Schule und hungrig zu Bett schickt, wenn Ihr Euer Loos erträglicher zu machen bestrebt seid, mit Euren Forderungen oft sogar mit Hilfe der Polizei abgewiesen werdet, habt Ihr jemals vernommen, daß einer der Herren Pastoren sich Euerer Rechte angenommen hätte? Nie kümmern Eure Rechte jene Herren, nur zählt Ihr, wenn es gilt, Euch Pflichten aufzubinden. Jetzt, wo man auf der ganzen Linie Polizei und Militär mobil gemacht hat, als Ihr in gesetzlicher Weise das Landtagswahlrecht fordertet, wo man ein Volksschulgesetz schafft, durch welches man mit Hilfe der Kirche versucht, Eure Kinder mit den Eltern in seelischen Konflikt zu bringen, jetzt dürfet man Euch noch Steuern über Steuern auf und schafft dafür Steine zur Kirche, wo Ihr Brot für Eure Kinder braucht.

Gebt jenen Leuten, welche zu Euerer geistigen und körperlichen Knechtung jedes Mittel zur Anwendung bringen, als flammenden Protest die einzig richtige Antwort: **den Massenaustritt aus der Landeskirche.**

Nächsten Donnerstag findet in der Zentralhalle eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Rühle-Leipzig über das preußische Volksschulgesetz und den Austritt aus der Landeskirche sprechen wird. Daselbst werden Listen zum Eingezeichnen ausgelegt, auch sind Listen bei allen bekannten Parteigenossen zu haben. Alles nähere in der Versammlung.

— **Zur Schlägerei vom Sonntag ist noch zu berichten,** daß die Arbeiter Otto und Günther festgenommen wurden.

Zeitz, 12. Februar. **Bericht der Auskunftsstelle der Gewerkschaften.** Vom 1. bis 31. Januar 1906 haben die Auskunftsstelle 57 Personen in Anspruch genommen. An dieselbe wurden 50 mündliche Auskünfte erteilt; für 7 Personen machte sich die Anfertigung von Schriftstücken erforderlich. Von den vorgebrachten Anliegen betrafen: Unfallversicherung 6, Invalidenversicherung 5, Krankenversicherung 4, Lohnforderung 6, Gesindeverhältnisse 2, Werdertrag 1, Kauf 5, Alimente, Erbrecht, Gesuche je 4, Forderungen, Strafsachen je 3, Ehesachen, Vormundschaft, Kirche und Schulsachen, Meldesachen je 2, Staatsangehörigkeit, Belehrung je 1. Nach Stand und Beruf geordnet waren Arbeiter 15, Maurer, Witwen und Ehefrauen je 5, Bergarbeiter 4, Drechsler 3, Metallarbeiter, Korbmacher, Lackierer, Schuhmacher, Handschuhmacher, Töpfer je 2, Lithographen Maschinisten, Zimmerer, Maler, Müller, Holzarbeiter, Kesselwärter, Tischler, Kesselschmiede, Zigarrenmacher, Bäcker Wirker je 1. Organisiert waren Arbeiter 6, Bergarbeiter, Maurer je 4, Drechsler 3, Töpfer, Metallarbeiter, Korbmacher je 2, Lithographen, Maschinisten, Lackierer, Zimmerer, Handschuhmacher, Müller, Bäcker, Holzarbeiter, Kesselwärter, Schuhmacher, Wirker je 1. Ihren Wohnsitz hatten in Zeitz 42, Aue, Theißen, Trebnitz je 2, Loitzsch, Dragsdorf, Unterschweitz, Mumsdorf, Droyßig, Bergisdorf, Streckau, Eyholdshain, Gleina je 1.

Die Auskunftsstelle befindet sich Ritterstraße 18 und ist geöffnet Montag, Mittwoch, Freitag von 6 bis 8 Uhr abends. Die Auskunft wird unentgeltlich erteilt und erstreckt sich auf die Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, gewerbliche und gewerkschaftliche Angelegenheiten, Gesindeordnung, sowie auf das bürgerliche Recht. Im Interesse der Arbeiter liegt es, bei vorkommenden Fällen diese Einrichtung zu benutzen.

Eisleben, 12. Februar. (Eig. Ber.) **Bei der letzten Sedanbegeisterung** kam es hier zu einer solennen Keilerei, bei der man dem Werkmeister Ehrhardt mit der Porzellan-Streichholzbüchse ein Stückchen Nase abschlug. Als Täter war der 26jährige Maler Otto Grün in Anspruch genommen und von hiesigen Schöffengericht wegen Körperverletzung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte Grün mit Erfolg vor dem Landgericht Halle Berufung eingelegt. Der Tatbestand war folgender: In der Nacht vom 2. zum 3. September v. J. hielt der Landwehrverein in einem Saal ein patriotisches Tanz-Vergnügen ab. Als gegen 2 Uhr nachts der Angeklagte mit mehreren Bekannten im angetrunkenen Zustande das Lokal betreten hatte, war der Wirt darüber ärgerlich, daß die späten Gäste schon viel getrunken hatten und nichts mehr verzehren konnten. Man sagte, die Gäste möchten doch auch einen Schnitt Bier trinken und geriet dabei in Streit. Ein Landwehrmann exerzierte in der Gaststube auf und ab; ein anderer nannte ihn Hanswurst, dann fielen Worte wie: Ochs und Rindvieh, und schließlich ging Ehrhardt auf Grün zu und sagte im militärischen Tone: „Wissen Sie, wer ich bin, ich bin Unteroffizier gewesen, mein Name ist Ehrhardt." Andere Gäste sagten, Ehrhardt solle sich nur nicht zuviel einbilden; sie, die Gäste, wären auch Soldaten und Unteroffiziere gewesen. Grün ging Ehrhardt aus dem Gesichtskreis und setzte sich beiseiten in eine Ecke, um Streit zu vermeiden. Ehrhardt suchte aber Grün immer wieder auf und hänselte an ihm herum, bis letzterer schließlich eine abwehrende Haltung einnahm. Das Endresultat war, daß Ehrhardt unter Zuhilfeholung mehrerer Landwehrmänner Grün zur Tür hinausschob, ihn an die Gurgel packte und Grün in der Abwehr seinem Gegner mit einer Streichholzbüchse einen Schlag auf die Nase gab. Zeuge Ehrhardt stellte sich in der Berufungsinstanz als Unschuldsengel hin; andere Zeugen bekundeten aber, daß Ehrhardt den Angeklagten erheblich provoziert hatte. Das Gericht kam zur Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freisprechung, da Grün in Notwehr gehandelt hatte.

Querfurt, 12. Februar. (Eig. Ber.) **Der gefährliche Kranz.** Beim Begräbnis seiner Schwiegermutter hatte der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftskartells, Genosse Karl Schmidt, einen Kranz mit rotem Blumenbukett aufs Grab gesetzt. Nach einigen Tagen war der Kranz vom Grabe verschwunden. Leider erfuhr das Schmidt erst nach geraumer Zeit. Beim Bürgermeister erhielt Schmidt die Auskunft, der Gendarm Dill habe angezeigt, der Kranz habe eine rote Schleife getragen, was gar nicht der Fall gewesen ist. Da der Bürgermeister sich bereit erklärt hat, die Sache zu verfolgen, wird der übereifrige Gendarm zur Erkenntnis gebracht werden, daß rote Kranzblumen noch keine rote Schleife sind, wiewohl auch eine solche ihm nicht zum Befehl an den Friedhofswärter, den Kranz zu entfernen, Anlaß hätte geben sollen.

Delitzsch, 13. Februar. **Preiserhöhung der Korbwaren.** Die Korbmacher-Vereinigung beschloß, wegen des immer höher steigenden Rohmaterials und der Arbeitslöhne eine Preiserhöhung von 15 Prozent auf alle Arbeiten eintreten zu lassen. Ferner wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, die bis zur nächsten Versammlung einen Tarif ausarbeiten soll, der sämtlichen Meistern zugestellt werden wird.

Bitterfeld, 13. Februar. Die Versammlung des **Sozialdemokratischen Vereins** findet Mittwoch, den 14. d. Mts., statt. Es ist notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. Die Versammlungen finden regelmäßig alle drei Wochen im Vereinslokale beim Genossen Menzel statt.

— **Ertrunken** ist im benachbarten Petersroda am Sonnabend-Vormittag im Dorfteich die sechsjährige Tochter des Maurers Schade.

Eilenburg, 13. Februar. **Vom Schlachtfeld der Arbeit.** Die in der Luckenwalder Tuchfabrik beschäftigte Weberin Frau Leipnitz wurde gestern vormittag während der Arbeit von einem Schwindelanfall betroffen, wodurch sie in den von ihr bedienten Webstuhl fiel und sich einen Bruch des rechten Armes zuzog.

— **Ertrunken** ist am Sonntag nachmittag der Tischlerlehrling Kurt Dülsner aus Leipzig-Stötteritz. Er hatte mit seinen Kollegen Steyer das Eis im Stadtpark probiert, dabei waren sie durchgebrochen und während sich St. rettete konnte D. nur leblos ans Land gebracht werden.

Torgau, 13. Februar. **Im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen** wurde der Getreidehändler Friedrich August Scheintz in Kemberg von der hiesigen Strafkammer. Er war im Juli v. J. wegen Betrugsversuches, verübt gegen die Provinzial-Städte-Feuersozietät bei Angabe verbrannter Gegenstände, zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Da sich nachträglich herausstellte, daß ein Hauptbelastungszeuge an einem geistigen Defekte litt, wurde der Verurteilte in erneuter Verhandlung freigesprochen.

— Ein Schadenfeuer vernichtete der Gutsbesitzerin Uhlmann in Suptitz eine Scheune mit reichen Vorräten und Maschinen.

Torgau, 12. Februar. **Erhöhung der Lehrergehälter.** Die städtischen Behörden haben die Gehälter der Lehrer erhöht, und zwar das Grundgehalt von 1150 auf 1250 Mk., die Alterszulagen von 160 Mk. auf 190 Mark, Mietsentschädigung beträgt nach wie vor 360 Mk. Das Grundgehalt der Lehrerinnen erhöhte man von 950 Mk. auf 1000 Mark, Alterszulagen blieben hier auf 120 Mk. und Mietsentschädigung auf 240 Mk. bestehen. Diese Aufbesserungen sollen mit dem 1. April d. J. in Kraft treten.

Bockwitz, 12. Februar. **Unsolidarische Arbeiter.** Am Sonntag hielt der **reichstreue Bergmannsverein** im **Hebestreitschen** Lokale sein Stiftungsfest ab, wohin schon am Nachmittag die Arbeiter in großer Anzahl zogen. Sie haben ja leider weiter keine Interessen und preisen sich glücklich, wenn sie zur Zufriedenheit des Herrn Betriebsführers Lonnesen schuften können, dafür spendet der Herr auch schließlich mal ein Faß Bier, und dann will das Hurrasschreien kein Ende nehmen. Aufgeklärte Arbeiter schütteln mit den Köpfen ob der grenzenlosen Gleichgültigkeit. Der Betriebsführer, welcher sich zur Freisinnigen Volkspartei zählt, scheint sehr zufrieden mit den Arbeitern zu sein. Es geniert ihn gar nicht, den Arbeitern, und wenn es der allergeringste ist, mal auf die Schulter zu klopfen und zu sagen: „Freund, Du bist ein tüchtiger, braver Kerl!" Wehe aber, wenn sich einer unterstehen sollte, Mitglied des Deutschen Bergarbeiterverbandes zu werden. Derselbe würde sofort an die frische Luft gesetzt.

Nun ist es ja eine Tatsache, daß viele von den Bergleuten, welche beim Bergmannsverein sind, schon fast für die moderne Arbeiterbewegung verloren sind. Der Alkohol hat vielen von den Leuten das moralische Fühlen und Denken genommen. Abends in den Destillen kann man sich davon überzeugen. Wer sich einigermaßen das Selbständigkeitsgefühl bewahrt hat, hält sich von dem Treiben fern. Und speziell denen möchten wir raten, sich mal aufzuraffen, und dem Deutschen **Bergarbeiterverbande** anzuschließen. Wenn der Betriebsführer wirklich mal einen oder zweie hinausgeworfen hat, so wird er es sich wohl überlegen, ob er auch fünfzig hinauswerfen kann. Auf keinen Fall können es aber die Bergleute verantworten, daß sie ein Lokal besuchen, **das den übrigen Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht.** Ein gemeinsames Lokal für alle Arbeiter würde allen großen Vorteil bringen; Uneinigkeit und Unsolidarität schwächt auch die Position der Bergleute.

Prettin a. Elbe, 13. Februar. (Eig. Ber.). **Der grobe Unfug in der Kirche vor Gericht.** Die beiden Unfugsmenschen, Korbmachermeister Klinksich und Musiklehrling Kolbe, hatten wegen ihres Strafmandats gerichtliche Entscheidung beantragt, und beide hatten Glück damit. Herr Klinksich wurde kostenlos freigesprochen. Bei dem Musiker Kolbe wurde die Strafe von 15 Mk. auf 9 Mk. ermäßigt. Es wurde dabei noch festgestellt, daß fernerhin der Schülerchor von erwachsenen Personen gemieden werden soll, damit der grobe Unfug aus der Welt geschafft wird. Nun hatte auch Herr Kl. gegen den Kantor Müller wegen der Schnupftabdose Klage erhoben. Diese Sache kam ebenfalls zur Entscheidung. Es wurde vom Gemeinde-Kirchenrat vor Gericht bekannt gegeben, daß die Dose des Herrn Müller vom Kirchenrat eingezogen worden ist, so daß auch die Dose zum groben Unfug nicht mehr verleiten kann. Die Kosten in der Sache Klinksich und Müller wurden der Staatskasse auferlegt. Der grobe Unfug ist somit erledigt. Das Ansehen der Kirche dürfte aber dadurch gefördert sein.

Meuselwitz, 12. Februar. **Die meisten Unglücksfälle** in ganz Deutschland weist das altenburgische Braunkohlengebiet auf. Auf 1000 Arbeiter entfielen 157 Unfälle. Und trotz dieser hohen Unfallziffer hat die wiederholt erhobene Forderung auf Erbauung eines Krankenhauses im hiesigen Kohlenrevier bei den maßgebenden Stellen noch kein Gehör gefunden. Die Schwerverunglückten müssen jetzt nach Halle in das Krankenhaus Bergmannstrost transportiert werden. Und doch wird man dort wie auch anderswo die soziale Fürsorge für die Arbeiter über das Bohrenlied loben.

Eisenberg, 13. Februar. **Mit dem Dolch erstochen** hat ein kroatischer Arbeiter am Sonntag in Saasa seinen Kameraden, der ihn zur Bezahlung seiner Verpflichtungen anhielt. Der Täter ist flüchtig.

Gewerkschaftliches.

Die Holzarbeiter Königsbergs beschlossen in den letzten Versammlung, in eine Lohnbewegung einzutreten und den Tarif zu kündigen. Im vorigen Jahre erreichten sie, da sie gut organisiert waren, eine Lohnerhöhung ohne größeren Kampf. In diesem Jahre soll besonders an die Verkürzung der Arbeitszeit gegangen werden. Die Arbeitszeit beträgt gegenwärtig zehn Stunden. Die Holzarbeiter verfügen in Königsberg über eine treffliche Organisation.

Ein ungetreuer Kassierer? Zur Verhaftung des Geschäftsführers Hieber vom Metallarbeiter-Verband in Stuttgart, die vom offiziösen Telegraphen-Bureau in geschäftlicher Eile verbreitet wurde, ist noch nachzutragen, daß die Unterschlagung, die Ursache der Verhaftung, noch keineswegs nachgewiesen ist. Es handelt sich um einen Fehlbetrag von 1300 Mark, über den noch keine Aufklärung erzielt ist. Die Anzeige ist von Hieber selbst erfolgt. Die Polizei glaubte auf Grund des Befundes zur Verhaftung Hiebers schreiten zu müssen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060214-15/fragment/page=0007

Die Bergarbeiter-Bewegung im Oberlausitzer Braunkohlenrevier nimmt größere Ausdehnung an. Gestern ist die Belegschaft weiterer 6 Gruben wegen verweigerter Lohnaufbesserung in den Ausstand getreten.

Die Lohnbewegung im Hamburger Hafen zieht weitere Kreise. Auch die Schiffszimmerer, Schiffsmaler und Schiffsreiniger traten in eine Lohnbewegung ein.

Eine schädige Denunziation ist gegen den Arbeitersekretär Schmidt in Dessau verübt worden, mit der sich eine Sitzung des Gewerkschafts-Kartells befaßte. Das Kartell erklärte die von Berlin aus an zahlreiche Genossen, Gewerkschaftsvorstände und Parteilokale geschehene Versendung von Exemplaren der Buchbinder-Zeitung, in denen ein Artikel des Vorsitzenden des Buchbinder-Verbandes, Kloth, enthalten ist, als eine unfaire Handlung, die nur geeignet sein kann, dem ausgeschiedenen Kollegen sein neues Amt und dem Dessauer Sekretariat seine Entwickelung zu erschweren. Die persönlichen Herabwürdigungen in dem Artikel, sowie dessen Massen-Versendung nach Dessau und anderen Orten Anhalts erscheinen außerdem als sehr deplaziert und besonders gehässig, weil dem Verfasser Kloth vor der Wahl seines Kollegen Schmidt durch Anfrage von Dessau aus Gelegenheit gegeben war, sein Urteil über Schmidt abzugeben, und er von dieser Gelegenheit auch ausgiebigen Gebrauch gemacht hat.

Ausland.

Schweiz. Ein ständiges Einigungsamt soll demnächst in Zürich errichtet werden. Diesem soll die Befugnis gegeben werden, bei drohenden Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen vermittelnd einzugreifen. Wenn die Parteien das Einigungsamt bei ausbrechenden Konflikten nicht selbst benachrichtigen, so hat das Einigungsamt die Sache von sich aus in die Hand zu nehmen. Die Parteien haben je drei Vertreter zu wählen, die dem Einigungsamt, dessen Mitglieder weder als Unternehmer noch als Arbeiter am wirtschaftlichen Erwerbsleben beteiligt sein dürfen, ihre Forderungen, bezw. Anerbietungen in schriftlicher Formulierung einzureichen. Das Einigungsamt hat die Befugnis, mündliche oder schriftliche Gutachten von Fachleuten einzufordern, Erhebungen vorzunehmen usw. Kommt eine Einigung nicht zustande, so richtet der Vorsitzende an die Parteivertreter die Frage, ob sie sich einem Schiedsspruch unterwerfen wollen. Dieses schiedsgerichtliche Verfahren findet auch dann statt, wenn nur eine Partei sich zu unterzeichnen bereit erklärt, oder wenn der Stadtrat einen Schiedsspruch verlangt. — Die mit der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs beauftragte Kommission hat ihre Arbeiten beschleunigt, um das bezeichnete Institut möglichst schon bei dem im Frühjahr drohenden großen Bauarbeiterstreik in Funktion treten zu lassen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 12. Februar 1906, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Professor Dittenberger.

Eingänge: Mehrere Petitionen wurden den zuständigen Kommissionen überwiesen. Eine der Petitionen geht von den Geschäftsleuten in den auf den Nannischen Platz mündenden Straßen aus und ersucht um schleunige Beseitigung der vom Maurermeister Friedrich vorgenommenen Wegsperrung hinter Preßlers Berg, da sie durch dieselbe geschäftlich aufs schwerste geschädigt werden. Die Petition wurde der Baukommission überwiesen.

Der Ankauf des Bauerschen Grundstücks mit Gärtnereianlage an dem Galgenberge wird erneut abgelehnt, obwohl der Besitzer den Preis auf 53 000 M. herabgesetzt hat. Dies Grundstück umfaßt rund 14 500 Quadratmeter, doch sind die Gebäude äußerst defekt.

Die Weiterberatung des Haushalts für 1906 wird fortgesetzt beim Kapitel **Grundeigentum.** Dasselbe wird nach kurzer Anfrage genehmigt.

Im Kapitel **Berechtigungen** beantragt Stadtv. Osterburg die Erhebung des Marktstandsgeldes, für das jetzt 25 700 Mk. in den Etat eingestellt sind, in eigene Regie zu übernehmen. Die Stadt habe nicht nötig, Privatleuten noch Geld verdienen zu lassen.

Auch Stadtv. Thiele tritt für den Antrag ein und weist darauf hin, daß die Stadt jetzt schon dem Marktgeldspächter die Polizei 2c. zur Verfügung stellt. Viele Klagen werden laut über willkürliche Höhe des Standgeldes. Es widerspricht dem Geiste unserer Zeit und erinnert an die Steuerverpachtung in der Türkei, wenn die Stadt Gefälle verpachte. Arme Frauen, die ein wenig Ware feilbieten müssen bis 40 Pfennig Standgeld dafür entrichten. — Auch die Beseitigung des Betglockengeldes sei an der Zeit. Solche alte Zöpfe stehen im greellsten Widerspruch zu unserer Zeit. Sogar auf ein vor etwa drei Jahren neugebautes Haus sei „Betglockengeld" geworfen worden, obwohl der Besitzer gar nicht zu den Betern gehöre. (Heiterkeit.)

Bürgermeister v. Holly: Die Erhebung des Marktstandgeldes wäre für Beamte eine sehr unbequeme Sache; es würde nicht gut tun, wenn sich Beamte um das Marktstandgeld herumstreiten sollten. Die Uebernahme in eigener Regie müsse man erst einmal vorsichtig erwägen. Das Betglockengeld ruht auf gewissen Häusern und die Stadt hat keinen Anlaß, auf die Einnahme zu verzichten, wohl aber gestattet sie, daß der kapitalisierte Betrag als einmalige Abgabe gezahlt wird.

Stadtv. Thiele: Die Befürchtungen des Herrn v. Holly betreffs Uebernahme des Marktgeldes in eigene Regie sind durchaus nicht stichhaltig; es ist ein Schlag ins Gesicht unserer Zeit, solche verrotteten Unsitten beizubehalten.

Stadtrat Walger tritt ebenfalls für Erwägungen ein. Diesmal sei jedoch die Verpachtung des Marktstandgeldes bereits wieder ausgeschrieben und zwar auf drei Jahre. Dem Kollegium würden die Angebote später vorgelegt werden.

Das Kollegium lehnt den Antrag Osterburg gegen 16 Stimmen ab.

Stadtv. Thiele beantragt sodann die Streichung der Schankstengebühr, die 4500 Mk. einbringen soll. — Stadtrat Walger wendet sich gegen die Streichung und weist darauf hin, daß doch eine juristische Kommission eingesetzt sei, die begutachten solle, ob die Gebühr berechtigt ist oder nicht.

Stadtv. Emmer erinnert die Beamten und Kommunalvereinler an ihr vor der Wahl den kleinen Geschäftsleuten gegebenes Versprechen. Unter der Devise: „Weg mit der Schankstentsteuer" wären die neuen Kollegen in den Wahlkampf gezogen; jetzt müßten sie ihr Versprechen einlösen, sonst hätten sie vor der Wahl gelogen. — Auch Stadtv. Nesse tritt für die Beseitigung der Gebühr ein. Die Gewerbetreibenden hätten so schon genügend zu leiden. — Bürgermeister v. Holly verlangt, daß man erst die Juristen höre. — Die Stadtverordneten Grote und Föhring treten für eine kleine Anerkennungsgebühr ein. — Der Vorsteher ist ebenfalls nicht für sofortige Streichung des Postens und regt an, überhaupt eine juristische Kommission für immer zu etablieren. — Stadtv. Giese beantragt, den Posten auf 1000 Mk. herabzusetzen. Die Anträge Thiele und Giese werden aber abgelehnt.

Das Kapitel **Polizei-Verwaltung** wird auf Antrag Thiele vertagt.

Die Kapitel **Staats- und Provinziallasten** sowie **Kirchenwesen** werden ohne längere Debatte gutgeheißen.

Beim Kapitel **Gemeinnützige Zwecke** spricht Stadtv. Emmer gegen das „Klingelbeutel-Geld" in Gebichenstein und Stadtv. Osterburg beantragt Streichung des Postens von 12 M. an den „Verein zur Hebung des Wohls der arbeitenden Klassen". Was will man mit 12 M. bezwecken? Die Arbeiter sind keine Freunde solcher Stiftungen, die verlangen keine Wohltaten sondern Rechte, namentlich bessere Löhne. Das Stiftungswesen wirkt antisozial. Rege man lieber die Leute an, die sich mit solchen Stiftungen einen großen Namen machen, daß sie ihre Arbeiter anständiger bezahlen.

Bürgermeister v. Holly sagt, auch für die terrorisierten Arbeiter, die auf dem Boden des staatserhaltenden Prinzips stehen, müsse etwas geschehen. — Stadtv. v. Blume wendet sich gegen Osterburg, der unlogisch verfahren sei. Denke man doch daran, was derartige Vereine beispielsweise für die Heimarbeiter und in der Heimarbeiter-Ausstellung getan haben. Der Posten von 12 M. sei allerdings sehr klein; man könne aber die soziale Frage nicht mit einem Schlage lösen. Der Posten stehe einmal da, zum Mißtrauen gegen den Verein sei kein Anlaß, also möge man die 12 M. stehen lassen.

Stadtv. Osterburg entgegnet, er sei davon überzeugt, daß Herr v. Blume ein ehrlicher Sozialreformer im bürgerlichen Sinne sei. Dies könne man aber nicht von allen Personen sagen, die in solchen Vereinen tätig sind. Da macht mancher Industrielle in Sozialreform und beutet trotzdem seine Leute aufs ärgste aus. Er denke da an einen Industriellen, der nicht mehr unter den Lebenden weile, der Denkmäler gestiftet, aber seinen Leuten jahrelang zehn Prozent vom Lohne abgezogen hat. (Große Unruhe und Rufe: Schluß! Raus! Alle raus! Osterburg spricht unter großer Unruhe weiter. Stadtv. Kühme schlägt auf den Tisch; mehrere erstklassige Stadtverordnete tun desgleichen und verlassen unter Rufen: „Quatsch! das hören wir nicht mehr mit an," den Saal.)

Nachdem die turbulenten Demonstranten den Saal verlassen und ab und zu mal zur Saaltür hereingelugt hatten, ob noch weiter sozialdemokratisch geredet werde, erklärte Stadtv. Thiele, zu der Nervosität, die viele Herren bei der Szene an den Tag gelegt haben, sei durchaus kein Anlaß gewesen. Was Osterburg gesagt habe, entspreche den Tatsachen, die durch solches Vorgehen nicht aus der Welt geschafft würden. Trete ein solcher Zustand noch einmal ein, dann werde man die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln müssen. (Es waren nur 21 Stadtverordnete im Saale geblieben.) Habe Stadtv. Prof. Blume gesagt, Osterburg sei unlogisch gewesen, so treffe ihn derselbe Vorwurf, denn daß ein Posten im Etat stehe, sei doch noch kein Beweis, daß er stehen bleiben müsse. Ein Professor dürfe nicht selbst unlogisch reden, wenn er einem Arbeiter diesen Vorwurf mache.

Stadtv. Kühme fühlt sich veranlaßt, die Wohltätigkeitsinstitute in Schutz zu nehmen. Nicht alles Unglück beruhe auf schlechtem Verdienst. Viele Arbeiter denken anders wie Herr Osterburg, und sie nehmen ein Zwanzigmarkstück lieber, als daß sie schöne Reden hören. Daß die Unternehmer hohe Löhne zahlen müssen, dafür sorge schon Herr Osterburg mit seinen Genossen.

Stadtv. Osterburg: Das letztere stimmt ganz genau. Wer sind denn aber die Leute, die auf „Wohltätigkeit" rechnen? Organisierte Arbeiter sind es wahrlich nicht. Von den 1¼ Mill. gewerkschaftlich organisierten Arbeitern werden sie nicht leicht einen finden, der auf Wohltätigkeit einen Anspruch erhebt. Die gewerkschaftlichen Organisationen entlasten den Armenetat sehr wesentlich. Dem Stadtv. Blume bemerke ich, daß die Aufdeckung des Elends der Heimarbeiter und die Veranstaltung der Ausstellung über die Heimarbeit in erster Linie gerade den sozialdemokratischen Organisationen zu danken ist. Stadtv. Thiele beanstandet eine ganze Anzahl kleiner und größerer Posten, die an verschiedene Vereine mit sozial klingenden Namen gezahlt werden sollen. Keiner dieser Vereine erstattet jemals Bericht über seine Tätigkeit, und der anscheinend soziale Zweck der Vereine ist nur Dekorations-Aushängeschild, soziale Spielerei. Für den Arbeitsnachweis des Vereins Volkswohl würden wiederum 3000 M. gefordert, obwohl der Verein im vorigen Jahre nur rund 1450 Stellen ermittelt hat, darunter über 800 Köchinnen, Aufwartungen, Dienstmädchen u. s. w. Es sei hohe Zeit, daß die Stadt einen unentgeltlichen, paritätischen Arbeitsnachweis einrichte. Der hiesige Verein für „Volksbildung" fordere gleichfalls jetzt 500 M. Zuschuß statt bisher 300 M. Dabei bringe er an Mitglieder-Beiträgen nur etwa 260 M. auf, obwohl er Mitglieder habe, für die ein Zehnmarkstück weniger bedeute als für den Arbeiter ein Zehnpfennigstück. Trotzdem leisteten die vielverlästerten sozialdemokratischen Organisationen ungleich mehr für die Volksbildung als die Vereine mit den hochtrabenden Titeln.

Alle Anträge auf Streichung gewisser Posten werden abgelehnt, allerdings auch der Antrag des Volksbildungs-Vereins, ihm 500 M. statt 300 M. zu gewähren.

Unter den übrigen noch zur Verhandlung stehenden Punkten gab insbesondere die Festsetzung der Fluchtlinie für die Köthenerstraße, die nach dem Bahnhofe Trotha führt, Anlaß zu längerer Debatte. Der Magistrat schlug eine Breite von 26 Meter vor, die Baukommission eine solche von 22.5 Meter. Die Stadtvv. Grote, Giese und Schmidt traten für den Kommissionsbeschluß ein, Baurat Lammers und Stadtv. Emmer sprachen für die Magistratsvorlage, die schließlich mit 25 gegen 19 Stimmen angenommen wurde. Die Sozialdemokraten gaben den Ausschlag für die Magistratsvorlage. — Um der Stadt voriges Jahr für 45 000 Mk. angebotenes Grundstück neben der Schule in der Charlottenstraße wurde für 35 000 Mk. gekauft. Voriges Jahr war der Kauf wegen zu hohen Preises abgelehnt worden. Stadtv. Döhler erinnerte bei dieser Gelegenheit den Magistrat, speziell Stadtbaurat Rehorst daran, daß er voriges Jahr den Ankauf des Grundstücks ganz dringend empfohlen habe, weil sonst ein andrer Käufer uns zuvorkommen werde. Nun hätten wir das Haus doch zu weit billigerem Preise erhalten.

In der geschlossenen Sitzung wurde die Anstellung der Polizisten Pabst (Nr. 157), Hugo (Nr. 165) und Thein (Nr. 176), denen sämtlich vorzügliche Zeugnisse zur Seite stehen, in erster Lesung genehmigt. — Für den 9. Armenbezirk wurden gewählt Rentier Anton als Vorsitzender, Buchbindermeister Friedrich als Stellvertreter und Herr Heine als Armenpfleger. — Als Schiedsmann für den 3. Bezirk wurde Rentier Fleischer, Hardenstraße 3, gewählt, als Pfleger für den 12. Armenbezirk Herr Ahlheit, V. Vereinsstraße 2. — Polizist Mühle, 38 Jahre alt, wurde wegen anhaltender Krankheit mit 545 Mk. Jahrespension in den Ruhestand versetzt, ebenso der über 60 jährige Polizei-Nachtwachtmeister Fielitz mit 1600 Mark Pension.

Schluß der Sitzung ½9 Uhr.

Aus dem Reiche.

Danzig. Gefälschte Fleischstempel. In dem Prozeß gegen elf Fleischermeister aus der Danziger Umgegend und gegen einen Stempelhändler wegen schwerer Urkundenfälschung und Beihilfe durch Benutzung gefälschter Fleischstempel hat das Schwurgericht folgende Strafen verhängt: zwei Angeklagte erhielten je sechs Monate, ein Angeklagter neun Monate Gefängnis, einer wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Der Stempelhändler erhielt ein Jahr Gefängnis und zwei Wochen Haft. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Gnesen. Selbstmord. Der Hauptmann Appel vom Inf.-Reg. Nr. 49 hat sich erschossen. Er war verheiratet und Vater von drei Kindern. Geschwisterkinder sollen der Grund zur Tat gewesen sein.

Ostrowo (Posen). Eine Familie erstickt. In Turze sind der Wirt Stola, seine Frau und zwei seiner Kinder an Kohlenoxydgas erstickt. Zwei andere Kinder konnten ins Leben zurückgerufen werden.

Köln (Rhein). Wie Arbeiterkinder sterben müssen. Während der Abwesenheit der Eltern entstand in einer verschlossenen Wohnung, in der sich die Kinder allein befanden, Feuer. Die alsbald eintreffende Feuerwehr konnte zunächst nur noch einen dreijährigen Knaben aus der Wohnung retten, der aber auch schon sein Leben ausgehaucht hatte.

— Ein Reserveoffizier und Stadtverordneter ins Zuchthaus. Vom Landgericht war am 10. Oktober 1903 der Kaufmann A. Bauer in Köln-Lindenthal wegen Verleitung zum Meineid zu insgesamt 1½ Jahr Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte war Stadtverordneter in Köln, Reserveoffizier und Vorsitzender des Syndikates der Tonröhrenfabriken. Er hatte mit einer Frau A. in ehebrecherischem Verkehr gestanden. Als Bauer in Vermögensverfall geriet, erhielt er von dieser Frau verschiedene Geldbeträge. Dieselben wurden später zurückgefordert, aber nicht voll zurückgezahlt. Frau A. drohte mit einer Anzeige beim Oberst. Ihre Tochter machte dann aus eigenem Antriebe die Anzeige an das Bezirkskommando. Bauer erklärte die Beschuldigung als unwahr. Frau A. bezeichnete die Anzeige als irrig, weil sie gegen Erstattung der Anzeige war, und ihre Tochter ohne ihr Wissen gehandelt hatte. Aus diesen Anlässen beging dann der Angeklagte, der das Bekanntwerden seines Verhältnisses zu Frau A. vermeiden wollte, das ihm zur Last gelegte Verbrechen. Das Reichsgericht verwarf die eingelegte Revision.

Frankfurt a. M. Gestörte Bahnverbindung. Ein Personenzug der Linie Altenbeken-Warburg-Frankfurt am Main blieb unweit Corbach im Schnee stecken. Die Lokomotive mußte ausgeschaufelt werden, wodurch eine dreistündige Verspätung verursacht wurde. Ebenso hatten die Durchgangszüge Warburg-Frankenburg-Marburg große Verspätungen, da im ganzen Gebiet des Sauerlandes, des Ruhrtales und der Waldeckischen Berge ungewöhnlich starke Schneemassen gefallen sind.

— Arbeiter-Risiko. In der Blechemballagenfabrik Fechenheim explodierte ein Luftgasmotor. Ein Arbeiter wurde tödlich verletzt. Eine Arbeiterin suchte sich durch einen Sprung aus dem Fenster zu retten und wurde dabei schwer verletzt. Der Fabrikbetrieb ist für einige Tage ausgesetzt worden.

— Das Gewehr als Kinderspielzeug. Ein fünfjähriger Knabe im Vorort Heddernheim erschoß das zweijährige Mädchen einer Nachbarsfamilie mit einer Büchse, die sein Vater im Garten vergessen hatte.

Mainz. Lehrer als Sittlichkeitsverbrecher. Der Hauptlehrer Nieher in Ottersheim bei Germersheim wurde am Sonnabend wegen jahrelanger Sittlichkeitsverbrechen an Knaben und Schülerinnen verhaftet. Bisher sind 162 Fälle festgestellt.

Straßburg (Els.). Genickstarre. Bei dem 126. Inf.-Regt. sind mehrere Fälle von Genickstarre zu verzeichnen.

Mülhausen (Els.). Betrügerischer Bankier. Das Landgericht verurteilte den Gründer der Elsaß-Lothringischen Industriegesellschaft, Bankier Blumenthal, wegen Betruges und Hehlerei zu 18 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe. Sein Kompagnon Hummel wurde zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

* **Opfer der Berge.** Ein Goldarbeiter stürzte bei einem Ausflug auf den Mönchberg bei Salzburg von einer Felswand ab und war sofort tot.

* **Untergang eines Fischerdampfers.** Während eines Sturmes ging der Schleppnetzdampfer Veronica aus Stavanger (Norwegen) auf der Höhe von Lossiemouth mit seinen ganzen, zehn Mann starken Besatzung unter.

Letzte Nachrichten.

Jena, 13. Februar. Für das gleiche und direkte Landtagswahlrecht fand gestern im ganzen Großherzogtum Sachsen-Weimar eine Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen statt. Im Neustädter Kreis wurden die Versammlungen durch den Bezirksdirektor mit der Begründung verboten, daß die Referenten, Leber und Vetterlein, gewerbsmäßige Agitatoren seien. Die Nationalliberalen lehnten ab, gemeinsam mit den Freisinnigen, den Nationalsozialen, Jungliberalen und Sozialdemokraten eine Versammlung zu Gunsten der Wahlrechtsreform zu veranstalten.

Rom, 13. Februar. Der Korrespondent der Tribuna erklärte, es sei nie davon die Rede gewesen, daß Spanien und Frankreich gemeinsam mit der Polizei in Marokko betraut werden sollen.

Berlin, 13. Februar. In früher Morgenstunde des gestrigen Tages gelang es dem Zuchthäusler Baranowski, durch eine in das Dachgewölbe gebrochene Oeffnung aus der Moabiter Strafanstalt zu entkommen. Zweien seiner Komplizen, die an dem tollkühnen Plane beteiligt waren, mißlang der Fluchtversuch. Eine Spur des Entwichenen ist noch nicht gefunden.

Chemnitz, 12. Februar. In einer hier stattgehabten öffentlichen Versammlung der Chemnitzer Handschuhmacher und Arbeiterinnen beschlossen diese, in eine Lohnbewegung einzutreten, bezw. sich der Lohnbewegung der Burgstädter, Limbacher, Hartmannsdorfer, Waldenburger, Hohenstein-Ernstaler u. s. w. Handschuharbeitern anzuschließen.

Meerane, 12. Februar. Am Sonnabend ist ein Teil der Arbeiter der Schuhfabrik von Gebr. Lichtenstein, etwa 30, in den Ausstand getreten.

Rostock, 13. Februar. Der Statistekretär Steinsalt machte seinem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende. Bei der Kassenrevision fanden sich Unregelmäßigkeiten, Unterschlagungen von Geldern im Betrage von 80 000 Mark vor, unter denen namentlich kleinere Leute zu leiden haben.

Revolution in Rußland.

Petersburg, 13. Februar. Gegen den Dichter Korolenko ist ein Strafverfahren wegen „Aufreizung zum politischen Mord" eingeleitet worden. Ein von ihm verfaßter, offener Brief soll die Ermordung Filonows in Poltawa verursacht haben.

Warschau, 13. Februar. In der Vorstadt Wola feuerten Unbekannte mit Revolvern auf eine Patrouille, ein Soldat wurde getötet, ein Schutzmann und zwei Soldaten wurden schwer verwundet. In der Pregevorstadt wurde eine Frau erschossen. In Lodz wurde auf zwei berittene Polizisten geschossen, von denen der eine getötet, der andere schwer verwundet wurde. Im Gouvernement Radom wurden in vier Gemeinden die Dorfpolizisten entwaffnet. Die Revolutionäre erbeuteten 75 Revolver und 30 Stück Gewehre.

Briefkasten der Redaktion.

P. in Kl.-M. Sie haben das Recht, sich gegen die Absetzung als Schulvorstandsmitglied bei der Regierung in Merseburg zu beschweren. Sie können aber darauf rechnen, daß dort Ihre Beschwerde zurückgewiesen wird. Sozialdemokraten werden in der Regel regierungsseitig als Schulvorstand nicht bestätigt.

Z. Bitterfeld u. A. Redaktionelle Hinweise auf Versammlungen können künftig ohne Inserat nicht mehr veröffentlicht werden.

Quittung.

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes:

Aus der Eckstube auf Reinicke's Neubau von den Stukkateuren und Töpfern 1.50 Mk. erhalten. — Gesammelt durch H. beim Schmiedefrühstücken 8.57 Mk. Lepis.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Ein Prospekt der Firma August Wehrmann, Lübeck, liegt der heutigen Nummer des Volksblattes bei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060214-15/fragment/page=0008